

1
2 **Antrag 1**

3 **Antragsteller:** Landesvorstand

4 **Empfänger:** Landesparteitag

5 **Betreff:** Impulse für das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2009 für „Gute
6 Arbeit“
7

8 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**

9 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ein für „Gute Arbeit“ – Arbeit, die Teilhabe
10 sichert, fair entlohnt ist, Qualifikation und Gesundheit erhält, zu gleicher Entlohnung für Männer und Frauen.
11

12 Besorgt sehen wir, wie die Finanzkrise eine gesamtwirtschaftliche Krise auslöst und fast täglich Meldungen
13 über Entlassungen produziert und die laufenden Tarifverhandlungen erschwert. Wir stehen solidarisch an der
14 Seite der Gewerkschaften, die für die Beschäftigten einen gerechten Anteil an den Gewinnen der
15 vergangenen Jahre erstreiten werden.
16

17 Die Krise zeigt, wie wichtig die Mitbestimmung und deren Ausbau ist. Gewerkschaften und Betriebsräte sind
18 unabdingbar. Beide sind Garanten dafür, dass es in den Unternehmen gerecht zugeht. Deshalb müssen die
19 Rechte der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebaut werden.
20 Wir brauchen einen weiten Schub in Richtung Demokratisierung der Wirtschaft. Für uns macht Demokratie
21 nicht am Werkstor halt.
22

23 Betriebsräte sind neben den Gewerkschaften die gesetzlich verankerten Interessensvertreter der
24 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer ihre Arbeit zu behindern oder gar mit Drohungen zu unterbinden
25 versucht, verstößt gegen Gesetze. Leider wurde dies oft als Kavaliersdelikt abgetan. Dies darf so nicht
26 weitergehen. Wer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihrer Rechte berauben will, muss mit spürbaren
27 Sanktionen rechnen.
28

29 Für uns Sozialdemokraten sind Kapital und Arbeit zwei Seiten der selben Medaille. Beide sind
30 gleichberechtigt.
31

32 Wir kämpfen für Vollbeschäftigung. Arbeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Arbeit ernährt Familien.
33 Arbeit ermöglicht persönliche Entfaltung. Arbeit sichert Teilhabechancen. Trotz der erreichten Erfolge und –
34 mehr noch – angesichts der drohenden neuen Verwerfungen bleibt viel zu tun. Drei Millionen Arbeitslose sind
35 nach wie vor viel zu viel. Deshalb darf es beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kein Nachlassen geben.
36

37 Viele Jobs sind nicht auskömmlich für den Lebensunterhalt. Wir wollen würdige Arbeit und Arbeit, die
38 Teilhabe ermöglicht. Löhne müssen existenzsichernd sein. Deshalb brauchen wir Mindestlöhne; zunächst
39 über das Entsendegesetz in einzelnen Branchen und schließlich auch gesetzliche Mindestlöhne.
40

41 Viele Jobs bieten keine ausreichende Sicherheit, die eine Lebens- oder gar Familienplanung ermöglicht.
42 Deshalb wollen wir mehr direkte Arbeitsverhältnisse, weniger Befristungen und faire Bedingungen bei der
43 Zeitarbeit.
44

45 Die Erwerbsbeteiligung Älterer steigt – heute sind über 50 % der über 55-jährigen in Arbeit, 1998 zum
46 Zeitpunkt unserer Regierungsübernahme waren es 38 %. Aber wir geben uns mit dem Erreichten nicht
47 zufrieden. Deshalb brauchen wir einen Kulturwandel in den Unternehmen und Arbeitsplätze, die Gesundheit
48 und Qualifikation erhalten.
49

50 Immer mehr Menschen haben einen Lebensweg, der durch Unterbrechungen im Erwerbsleben
51 gekennzeichnet ist, beispielsweise durch Kindererziehung, Pflege, sowie gleitenden Wechsel in den
52 Ruhestand. „Gute Arbeit“ heißt auch, diese Übergänge zu ermöglichen, zu erleichtern und die
53 diskontinuierlichen Erwerbsbiografien besser abzusichern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in jeder
54 Lebensphase muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ein selbstverständlicher Bestandteil und
55 Voraussetzung von „Gute Arbeit“ sein.
56

57 Und immer Mehr können dem zunehmenden Druck in unserer Arbeitswelt kaum standhalten. Deshalb hat
58 Humanisierung der Arbeitswelt einen ganz hohen Stellenwert. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche
59 Debatte darüber, welchen Stellenwert Arbeit hat, wie viel Flexibilität wir zu leisten in der Lage sind, wie viel
60 Sicherheit wir benötigen, letztlich: in welcher Gesellschaft wir leben wollen.
61

62 Wer seine Arbeit verliert, wem der Einstieg ins Arbeitsleben nicht gelingt, wer nicht arbeiten kann, muss sich
63 auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Wir wollen Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern
64 wie jedem Mitglied der Gesellschaft die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern.
65
66
67

1 Die SPD Baden-Württemberg hat sich in den zurückliegenden Monaten intensiv mit Einzelfragen am
2 Arbeitsmarkt auseinander gesetzt. Wir fordern:

3 4 **1. Mehr direkte Arbeitsverhältnisse in den Unternehmen und faire Regeln für die Leiharbeit in** 5 **Baden-Württemberg**

6
7 Leiharbeit ist seit Jahren eine Wachstumsbranche. Die Anzahl der Leiharbeiter ist in den letzten Jahren
8 sprunghaft gestiegen. Mit dem Wachstum der Branche haben auch die negativen Auswüchse der Leiharbeit
9 für Arbeitnehmer zugenommen. Was für das Auffangen von betrieblichen Auftragsspitzen und saisonalen
10 Schwankungen gedacht war, wird von den Arbeitgebern oft missbraucht, um für gleiche Arbeit deutlich
11 weniger Lohn zu zahlen und Belegschaften zu spalten. Wir wenden uns gegen eine Zweiklassengesellschaft
12 im Betrieb. Diesen Grundsätzen muss die Umsetzung der Leiharbeitsrichtlinie der Europäischen
13 Gemeinschaft in das deutsche Recht entsprechen.

14 15 *Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit durchsetzen*

16 Ausnahmeregelungen, die bisher regelmäßig die Forderung nach gleicher Bezahlung (gesetzlich bereits
17 geregelt in § 3 Abs. 1 Nr.3 AÜG) unterlaufen, müssen abgeschafft bzw. angepasst werden. Zeitarbeiterinnen
18 und Zeitarbeiter müssen den Beschäftigten des jeweiligen Entleihbetriebs gleichgestellt werden – von der
19 Grundentlohnung und Leistungsprämien bis zu Betriebsrenten oder Weiterbildung. Dies entspricht dem
20 Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 5 der europäischen Leiharbeitsrichtlinie, die den gleichen Lohn und
21 die gleichen Arbeitsbedingungen ab dem ersten Arbeitstag verlangt. Bei der nationalen Umsetzung soll von
22 der Abweichungsmöglichkeit in Art. 5 Abs. 2 der Richtlinie kein Gebrauch gemacht werden, wonach der
23 Gleichbehandlungsgrundsatz in Entgeltfragen nicht gilt, wenn die Leiharbeiterin oder der
24 Leiharbeiter einen unbefristeten Vertrag mit dem Leiharbeitsunternehmen geschlossen hat.

25 26 *Wiederaufnahme des Synchronisationsverbots in das AÜG*

27 Wir wollen, dass Leiharbeitsunternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhafter beschäftigen
28 und ihnen damit mehr Sicherheit geben. Eine Kopplung von befristeter Anstellung bei der Zeitarbeitsfirma an
29 die Verleihzeit im Entleihbetrieb lehnen wir ab.

30 31 *Begrenzung der maximalen Verleihzeit an einen Betrieb – mehr Mitbestimmung*

32 Ziel muss die Übernahme von Leiharbeitern in die Stammebelegschaft als Regelfall sein, nicht deren
33 Ausgrenzung. Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebs muss ein Zustimmungsverweigerungsrecht nach
34 § 99 Abs. 2 BetrVG eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes
35 Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre.

36 37 *Höchstquote an der Stammebelegschaft*

38 In einzelnen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie beträgt der Anteil der Leiharbeiter bis zu 30 Prozent.
39 Es muss per Gesetz eine Höchstquote für die Leiharbeiter innerhalb der Belegschaft festgelegt und
40 Einsatzzwecke vereinbart werden können.

41 42 *Berücksichtigung bei Schwellenwerten*

43 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter haben auch Mitbestimmungsrechte. Wir wollen, dass
44 Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter bei der Ermittlung der Schwellenwerte nach dem
45 Betriebsverfassungs- und Verfassungsgesetz und bei der Berechnung der Schwerbehindertenquote im
46 Entleihbetrieb mitgezählt werden.

47 48 *Gute Arbeit heißt Leiharbeit fair gestalten*

49 Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit gut leben können. Flexibilität darf nicht zu Lasten der
50 Leiharbeiterkräfte gehen. Auch sie haben ein Recht auf Sicherheit. Risiken dürfen nicht ungleich verteilt
51 werden. Deshalb drängen wir auf bessere Gestaltungsregelungen für die Leiharbeit.

52 53 **2. Finanzielle Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

54
55 Ja zur Mitbestimmung – Ausbau der Mitbestimmung

56
57 Wir wollen die Strafen für die Behinderung von Betriebsratswahlen, der Betriebsratsarbeit und der Arbeit der
58 Gewerkschaften in den Betrieben und Unternehmen deutlich verschärfen. Gleichzeitig müssen die
59 Möglichkeiten der Strafverfolgung gem. § 119 Abs. 2 BetrVG erweitert werden. Hierzu ist bei den zuständigen
60 Arbeitsministerien der Länder oder deren nachgeordneten Behörden eine Zuständigkeit für die Stellung von
61 Strafanträgen zu schaffen. Im Rahmen des § 20 BetrVG ist bei den zuständigen Arbeitsministerien oder
62 deren nachgeordneten Behörden eine Zuständigkeit für die Überwachung eingeleiteter Betriebsratswahlen zu
63 schaffen.

64
65 Das Betriebsverfassungsgesetz muss in Fragen von Wirtschaftlichen Angelegenheiten nach § 106 BetrVG in
66
67

1 der Betriebsratsbeteiligungsform von Informationsrechten und Beratung zu einer qualifizierten Mitbestimmung
2 hin weiterentwickelt werden.
3
4 Die fehlende Parität in der Unternehmensmitbestimmung ist in allen Kapitalgesellschaftsformen (AG, GmbH,
5 ...) sicherzustellen.
6
7 Die Arbeitseinkommen der Beschäftigten sind in Deutschland im internationalen Vergleich besonders stark
8 belastet. Das wird für jeden normalen Beschäftigten deutlich, wenn seine Gewerkschaft Lohnerhöhungen
9 durchgesetzt hat und er einen Blick auf seine neue Gehaltsabrechnung wirft. Lohnerhöhungen werden in
10 Deutschland im
11 OECD-Vergleich mit 50 bis 60 % überdurchschnittlich hoch belastet.
12
13 Im Gegensatz dazu belegen viele Veröffentlichungen der OECD, aber auch von ausländischen
14 Wirtschaftsverbänden, dass Kapitaleinkommen in Deutschland im internationalen Vergleich kaum belastet
15 sind. Das liegt u.a. daran, dass sie zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme kaum herangezogen
16 werden.
17
18 Deshalb wollen wir grundsätzlich die Belastung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu den
19 Kapitaleinkommen reduzieren und alle Einkommens- und Ertragsarten an der Finanzierung der sozialen
20 Sicherung beteiligen. Wir wollen Sozialleistungen stärker über Steuern finanzieren, um Sozialabgaben
21 absenken zu können, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme zu reduzieren. Dies
22 muss eines der zentralen Projekte sozialdemokratischer Regierungspolitik für die kommende
23 Legislaturperiode werden.
24
25 Die SPD Baden-Württemberg fühlt sich in besonderer Weise einer finanziellen Entlastung der
26 Arbeitseinkommen verpflichtet. Zum einen hat sie die Politik der SPD-geführten Bundesregierung immer aus
27 Überzeugung unterstützt. Aus dieser Unterstützung resultiert heute die Überzeugung, dass die Beschäftigten
28 mehr vom Erfolg dieser Politik haben müssen. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wurde in den
29 vergangenen Jahren vieles zugemutet – jetzt muss auch für sie deutlich werden, dass sich die
30 Anstrengungen gelohnt haben!
31
32 Darüber hinaus hat sich die baden-württembergische SPD schon lange für ein Umsteuern bei der
33 Finanzierung unseres Gemeinwesen ausgesprochen: die SPD Baden-Württemberg steht für eine stärkere
34 Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme, weil das gerechter ist und weil das mehr Arbeitsplätze
35 schafft. Für viele Menschen in Deutschland, insbesondere im mittleren und unteren Einkommensbereich,
36 sind die Sozialabgaben ein weit größeres Problem als die Steuerbelastung. Zudem fällt die
37 gesamtwirtschaftliche Steuerquote Deutschlands im OECD-Vergleich besonders niedrig aus.
38
39 Schließlich sieht sich die SPD gerade in Baden-Württemberg an der Seite der Arbeitnehmerinnen und
40 Arbeitnehmer. In unserem Land herrscht in einigen Regionen Vollbeschäftigung. Die Beschäftigten in Baden-
41 Württemberg sind hoch qualifiziert und leisten hervorragende Arbeit. Baden-Württemberg ist das
42 Arbeitnehmerland schlechthin, in dem die Industrie so bedeutend ist wie in keinem anderen Bundesland. Den
43 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist es zu verdanken, dass unser Land gut da steht. Ihnen fühlen wir
44 uns besonders verpflichtet. Und wir wissen aus vielen Gesprächen, dass dringender Handlungsbedarf bei
45 einer finanziellen Entlastung besteht.
46
47 Aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation plädieren wir einerseits für eine schnelle und spürbare
48 finanzielle Entlastung der Arbeitseinkommen bereits im laufenden Jahr 2009.
49
50 Dabei wollen wir untere und mittlere Einkommen entlasten. Hierzu ist die Senkung der Lohnnebenkosten, die
51 ab dem ersten Einkommenseuro bezahlt werden, besonders effektiv. So wird der private Konsum als
52 wichtigste gesamtwirtschaftliche Nachfragekomponente schnell und sozial gerecht gestärkt. Darüber hinaus
53 sollen in der nächsten Legislaturperiode jedoch auch strukturelle Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die
54 Arbeitseinkommen weiter finanziell entlastet werden. Im Einzelnen schlägt die SPD Baden-Württemberg vor:
55
56 Nach der Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale zum 1. Januar 2009 sollen die Arbeitseinkommen
57 kurzfristig weiter entlastet werden: Arbeitnehmerbeitrag zur Krankenversicherung um 0,9% absenken –
58 Paritätische Finanzierung wiederherstellen
59
60 Ein Großteil der Steuermehreinnahmen des Staates entsteht alleine dadurch, dass die (Brutto-)Einkommen
61 der Beschäftigten nach entsprechenden Tarifabschlüssen ansteigen. Bei einem unterstellten
62 durchschnittlichen Anstieg aller (Brutto-)Einkommen von nur zwei Prozent entstehen nach Berechnungen
63 des IAW Tübingen rund acht Milliarden Euro Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer.
64
65 Diese Steuermehreinnahmen werden kurzfristig auf zwei Wegen gezielt den Arbeitnehmerinnen und
66
67

1 Arbeitnehmern zurückzugeben: Zum einen durch die Senkung ihrer Beträge zur gesetzlichen
2 Krankenversicherung und zum anderen durch die Wiedereinführung der Entfernungspauschale. Wir wollen,
3 dass die gesetzliche Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert wird. Deshalb soll ausschließlich der
4 Arbeitnehmerbeitrag um 0,9%-Punkte gesenkt werden. Davon profitieren auch alle gesetzlich versicherten
5 Rentnerinnen und Rentner. Auf das Gesamtjahr bezogen wird alleine durch diese Maßnahme ein
6 durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer in Baden-Württemberg um rund 400 Euro pro Jahr entlastet.
7 Hinzu kommen in 2009 die Entlastungen im Zusammenhang mit der Pendlerpauschale.

8
9 *In der nächsten Legislaturperiode: Arbeitseinkommen weiter entlasten – Kapitaleinkommen stärker an der*
10 *Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligen!*

11
12 ?? Mit der Bürgerversicherung die Kranken- und Pflegeversicherung gerechter finanzieren

13 Die jetzt eingeleiteten Reformen bei der Finanzierung des Gesundheitswesens – insbesondere die Einführung
14 eines einheitlichen Kassenbeitrags und die Verteilung der Finanzmittel mit Hilfe des neuen
15 Gesundheitsfonds, in den auch die Private Krankenversicherung eingegliedert wird – sollen für eine
16 gerechtere Ausgestaltung der Kranken- und Pflegeversicherung als Bürgerversicherung genutzt werden.
17 Durch eine Einbeziehung aller Einkunftsarten könnten Arbeitseinkommen weiter entlastet werden. Für Alg II-
18 EmpfängerInnen muss der volle Krankenversicherungsbeitrag aus Steuermitteln finanziert werden.

19
20 ?? Arbeitnehmerbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abschaffen – Arbeitgeberbeitrag variiert nach
21 Entlassungs- bzw. Einstellungsverhalten

22 Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen vom Erfolg der Arbeitsmarktreformen profitieren. Ihr Beitrag
23 zur Arbeitslosenversicherung soll Zug um Zug steuerfinanziert abgeschafft werden. Der ab dem 1. Januar
24 2009 gültige Arbeitnehmerbeitrag von 1,4% entfällt. Diese Maßnahme entlastet einen durchschnittlich
25 verdienenden Arbeitnehmer in Baden-Württemberg um rd. 600 Euro pro Jahr. Die konkrete Ausgestaltung
26 könnte sich an einem Vorschlag des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
27 Entwicklung orientieren (Jahresgutachten 2003/2004, Ziffern 712 ff.). Die Verwaltungsräte der Bundesagentur
28 für Arbeit sollen nach dem Vorbild der Beruflichen Unfallversicherung weiterhin paritätisch besetzt bleiben.

29
30 ?? Erbschaftsteuer sichern und weiter entwickeln. Vermögensteuer zur reinen Ländersteuer machen

31 Wir halten ohne Wenn und Aber an der Notwendigkeit einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen
32 und Erbschaften fest. Dies ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit in unserer
33 Gesellschaft. Deshalb sind wir froh darüber, dass die Reform der Erbschaftsteuer gelungen ist und dass Teile
34 von CDU und CSU damit gescheitert sind, diese Steuer ganz abzuschaffen. Eine neuerliche Reform muss
35 unter dem Motto „Keine Privilegien für Millionäre“ darauf abzielen, die von der Union durchgesetzten
36 Ausnahmeregelungen bei sehr großen Vermögensnächlässen für Ehegatten und Kinder, die im ererbten
37 Wohneigentum wohnen bleiben, abzuschaffen, weil sie ungerecht und bürokratisch sind. Darüber hinaus
38 treten wir für die Wiedereinführung der Vermögensteuer als reine Ländersteuer ein. Dabei steht den Ländern
39 nicht nur das Aufkommen aus der Vermögensteuer zu, vielmehr sollen die einzelnen Bundesländer selbst
40 über die Höhe dieser Steuer entscheiden können. Damit erhalten die Länder zusätzliche Einnahmen für die
41 dringend notwendigen weiteren Zukunftsinvestitionen in Bildung und Betreuung.

42
43 ?? Steuerhinterziehung wirklich bekämpfen

44 Kein Staat darf auf Dauer hinnehmen, dass ihm durch Steuerbetrug viele Milliarden Euro entgehen. Deshalb
45 muss die Bekämpfung des kriminellen Steuerbetrugs durch weitere Maßnahmen intensiviert werden. Im Land
46 treten wir dafür ein, die Steuerfahndung zu optimieren und die Zahl der Betriebsprüfungen durch zusätzliche
47 Betriebsprüfer zu erhöhen. Alleine durch Verbesserungen bei der Organisation und der Arbeitsweise der
48 Finanzverwaltung Baden-Württembergs ließen sich laut Landesrechnungshof über 362 Millionen Euro
49 Steuermehreinnahmen erzielen (Beratende Äußerung vom 18. März 2002).

50 51 **3. Neue Perspektiven für Menschen, die auf Hilfeleistungen (SGB II, SGB XII) angewiesen sind**

52
53 Die von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachten Arbeitsmarktreformen haben wesentlich
54 dazu beigetragen, dass erstmals seit Jahrzehnten die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland gesunken
55 ist. Heute sind wir bei weniger als 3 Millionen Arbeitslosen und wir sehen zum ersten Mal seit langem, dass
56 sich auch Langzeitarbeitslosigkeit abbaut. Im Januar 2006 waren es noch rund 1,6 Millionen
57 Langzeitarbeitslose, heute im November 2008 ist diese Zahl deutlich unter einer Million. Insbesondere die
58 Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende war richtig, denn
59 damit wurden jedem Arbeitslosen die gleichen Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik eröffnet. Denn wir wollen
60 Teilhabe durch Arbeit und Beschäftigung ermöglichen. Wir sind stolz darauf, dass wir auch in der Großen
61 Koalition durchgesetzt haben, dass trotz sinkender Arbeitslosenzahlen die Mittel für aktive
62 Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau erhalten werden konnten. Gerade in der vor uns stehenden schwierigen
63 konjunkturellen Situation müssen sich die Arbeitsmarktreformen nun beweisen.

64
65 Wir sehen eine zentrale Aufgabe der Politik darin, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, die auf
66
67

1 Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII sowie anderen sozialen Leistungen angewiesen sind. Ziel ist
2 es, Armut zu bekämpfen und durch Arbeit und Beschäftigung neue Perspektiven zu eröffnen. Hierzu ist eine
3 Kombination aus der Verbesserung sozialer Leistungen und dem Ausbau von Arbeitsangeboten sowie der
4 Verbesserung der Aktivierungsleistungen notwendig.

5
6 *Regelsätze kontinuierlich an die Preisentwicklung anpassen*

7 Die Preise insbesondere für Lebensmittel sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Wir
8 sprechen uns dafür aus, die Regelsätze weiterhin mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
9 (EVS) des Statistischen Bundesamts anzupassen. Unser Ziel ist es, diese alle drei Jahre durchzuführen.
10 Dazwischen soll im Unterschied zu bisher ein neues Verfahren der jährlichen Anpassung gefunden werden,
11 das auch die Preisentwicklung der im Regelsatz zu finanzierenden Güter berücksichtigt.

12
13 *Sozialleistungen müssen soziokulturelles Existenzminimum sichern*

14 Damit auch die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II – Sozialgeld und Sozialhilfe – am
15 soziokulturellen Leben teilhaben können, müssen die Regelsätze entsprechend nach oben angepasst und
16 ein eigenständiger Regelsatz für Kinder eingeführt werden. Dabei sind die für Bildung notwendigen Ausgaben
17 mehr als bisher zu berücksichtigen. Wir haben gegen den Widerstand der Union ab 2009 ein
18 Schulmittelpaket von 100 Euro pro Kind im SGB II durchgesetzt. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass
19 diese Leistung über das 10. Schuljahr hinaus bis zum Abitur gewährt wird. Höhere Bildung muss auch für
20 Kinder aus bedürftigen Haushalten finanzierbar sein.

21
22 *Weihnachtsbeihilfe wieder einführen*

23 Wir fordern die Wiedereinführung der Weihnachtsbeihilfe für Kinder bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres,
24 deren Eltern Transferleistungen aus der Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen. Die Weihnachtsbeihilfe
25 soll mindestens der alten Höhe von vor 2005 entsprechen. Dies wären 32 € pro Kind. Die Weihnachtsbeihilfe
26 soll proportional zu den Regelsätzen erhöht werden.

27
28 *Sonderprogramme für Alleinerziehende und Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund*
29 *aufsetzen*

30 Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre hat gezeigt, dass Sonderprogramme für besondere Zielgruppen am
31 Arbeitsmarkt sinnvoll sein können. So insbesondere bei dem Fokus auf jugendliche Arbeitslose als auch für
32 Ältere mit der Initiative 50plus. Wir wollen diese Ansätze ausdehnen und insbesondere Sonderprogramme für
33 alleinerziehende Eltern und Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund gestalten. Auch sie
34 haben spezifische Herausforderungen zu meistern, um einen Job zu erhalten, hier sind maßgeschneiderte
35 Lösungen notwendig.

36
37 *Mehr Netto, verbesserter Hinzuverdienst*

38 Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Wir wollen auch, dass wer arbeitet, mehr hat. Deshalb
39 sollen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den unteren Einkommensgruppen mehr von ihrem
40 Bruttogehalt haben. Hilfebedürftige sollen mehr von ihren Zuverdiensten behalten können. Um zu verhindern,
41 dass Menschen überhaupt Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Anspruch nehmen müssen,
42 wollen wir geringe Einkommen verstärkt von Lohnnebenkosten entlasten. Hierzu halten wir einen Bonus für
43 Arbeit – eine Erstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung – für sinnvoll. Der Unterschied wird
44 durch Steuermittel aufgefüllt, so dass ein voller Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen besteht. Damit
45 dies nicht zu einer Lohnspirale nach unten führt, sind hierfür gesetzliche Mindestlöhne notwendig. Die
46 bisherigen Mini- und Midijobs werden dadurch überflüssig.

47
48 *Mehr fördern, individueller unterstützen, gleichberechtigte Zusammenarbeit der Leistungserbringer und*
49 *Planungssicherheit*

50 Das Prinzip „Fördern und Fordern“ hat sich bewährt. Gerade beim „Fördern“ bestehen in der Praxis jedoch
51 häufig noch Defizite. Wir wollen, dass alle Arbeitslosen die beste individuelle Förderung erhalten. Das gilt
52 insbesondere für den Bereich des SGB II. Häufig geht (Langzeit-) Arbeitslosigkeit einher mit gesundheitlichen
53 Einschränkungen, psychosozialen Problemen oder Verschuldung. Hier ist daher eine ganzheitliche
54 Betreuung notwendig, bei der beschäftigungsorientierte Angebote mit sozialintegrativen enger als bisher
55 verzahnt werden. Bei der bevorstehenden Verfassungsänderung zur Absicherung der gemeinsamen
56 Leistungserbringung von Agenturen für Arbeit und Kommune im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften
57 (ARGE) ist daher insbesondere darauf zu achten, dass beide Partner im Interesse der Betroffenen
58 gleichberechtigt zusammen wirken können. Um für beide Seiten Planungssicherheit zu gewährleisten sollen
59 ARGE-Verträge zukünftig für mindestens fünf Jahre abgeschlossen werden. Die SPD Baden-Württemberg
60 spricht sich deshalb bei der anstehenden Neuordnung für eine federführende Zuständigkeit der Kommune
61 aus. Die Vermittlung von Arbeit findet in enger Kooperation und mit den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit
62 statt.

63
64 *Arbeitsmarktpolitische Instrumente optimieren*

65 Neben der ganzheitlichen Betreuung ist wesentlich, dass die SGB II-KundInnen frühzeitig aktiviert werden.

66
67

1 Die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen wir weiter optimieren. Ein guter
2 Schritt ist die neu geschaffene Möglichkeit der freien Förderung im § 16 f SGB II, sowie das Vermittlungs-
3 und Aktivierungsbudget durch die ein Eingehen auf individuelle Problemlagen durch die Vermittler und
4 Fallmanager ermöglicht wird. Wir sehen auch, dass die Verankerung sozialpolitischer Ziele für die
5 Bundesagentur für Arbeit ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist.

6 7 *Öffentlich geförderte und gemeinwohlorientierte Arbeit ausbauen*

8 Das beste Instrument gegen Armut ist Arbeit. Deshalb wollen wir daran weiter arbeiten, dass wir Arbeitslosen
9 auch eine Beschäftigung anbieten können. Wie schon in unserem Hamburger Grundsatzprogramm formuliert,
10 sehen wir besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit als eine Säule zur
11 Vollbeschäftigung für Menschen an, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben. Dieser
12 Leitgedanke muss sich auch in unserer Arbeitsmarktpolitik wieder finden. Hierzu brauchen wir den Ausbau
13 gemeinnütziger Arbeit und gleichwertige Anerkennung ehrenamtlichen Engagements auch bei Arbeitslosen.

14 15 *Jobvermittlung intensivieren, Fallbetreuung umsetzen*

16 Die Jobvermittlung und Fallbetreuung muss intensiviert werden, damit wir auch unseren
17 Wunschbetreuungsschlüssel von 1:130 erreichen. Dieser Ansatz setzt auf mehr Anreize für Arbeit und
18 Stärkung der Selbststeuerung. Auch bei verstärkter Mitwirkung aller Arbeitsfähigen gerade im Bereich
19 gemeinnütziger Arbeit und ehrenamtlichem Engagement dürfen wir unser Ziel der Guten Arbeit nicht aus den
20 Augen verlieren, sie darf nicht schlechte Arbeit sein. Denn auch hier gelten die Kriterien Guter Arbeit – sie
21 darf nicht krank machen, muss vereinbar sein mit Familie und sie muss Qualifikation erhalten oder
22 ausbauen.

23
24 Heute ist es häufig so, dass nicht jedem Arbeitslosen ein Beschäftigungsangebot gemacht werden kann.
25 Hier wollen wir die Angebote ausweiten. Die Grundlagen hierfür sind durch die Jobperspektiven (§ 16a SGB
26 II), Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, unterstützte Beschäftigung für Jugendliche mit Behinderung
27 und Eingliederungszuschüssen geschaffen worden.

28
29 Der Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung kann nur in lokalen Bündnissen erfolgen. Der
30 Schwerpunkt hierbei sollte auf die Zielgruppe abgestimmt sein, so ist z.B. bei arbeitslosen Jugendlichen ein
31 starker Qualifizierungspflichtanteil im Zuge der Beschäftigungsangebote sinnvoll.

32
33 Jedes Praktikum muss ein Lern- und kein Arbeitsverhältnis sein und darf kein reguläres Arbeitsverhältnis
34 verdrängen oder ersetzen. Wir fordern klare gesetzliche Regelungen bezüglich Bezahlung, Dauer und
35 Ausgestaltung der Praktika.

36 37 **4. Aufstieg durch Bildung und Weiterbildung ermöglichen**

38
39 Stete Weiterbildung und damit lebensbegleitendes Lernen ist eine zentrale Voraussetzung für die
40 Beschäftigungsfähigkeit bis ins Rentenalter. Deshalb wollen wir die Umsetzung der bestehenden
41 Qualifizierungstarifverträge, wie beispielsweise der IG Metall Nordwürttemberg oder der IG BCE, und deren
42 Ausweitung auf weitere Branchen. Daneben wollen wir die Mitbestimmungs- und Handlungskompetenz der
43 Betriebsräte beim Thema „Qualifizierung“ stärken. Mit den Kammern wollen wir Qualifizierungsnetzwerke für
44 Klein- und mittlere Unternehmen schaffen. Die Zertifizierung betrieblicher Weiterbildungsmodulare muss auf
45 den Weg gebracht werden. Darüber hinaus fordern wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, wo dies
46 nicht durch Tarifverträge geregelt ist. Die gemeinsame finanzielle Verantwortung von Arbeitnehmern und
47 Arbeitgeber für Weiterbildung wollen wir durch die Einführung von individuellen Bildungskonten sicherstellen.
48 Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, aus der präventive
49 Weiterbildungsmaßnahmen finanziert werden. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit hin zu einer Agentur,
50 die die Beschäftigungsfähigkeit als Ziel hat, ist notwendig. Ein erster Schritt kann eine Aufstiegsberatung bei
51 den Agenturen sein.

52 53 **5. Länger und gesünder arbeiten**

54
55 Gute Arbeit bedeutet für uns nicht nur, dass Arbeit gut bezahlt wird. Gute Arbeit bedingt auch eine
56 Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Viele Beschäftigte wollen nicht vorzeitig in Rente, sondern sie
57 müssen es, weil sie dem Leistungsdruck physisch und psychisch nicht mehr gewachsen sind. Deswegen
58 fordern wir eine Humanisierung der Arbeitswelt.

59
60 Es ist unser Ziel, dass Menschen gesund in Rente gehen können. Wir brauchen daher alters- und
61 alternsgerechte Arbeitsplätze. Alternsgerechtes Arbeiten beginnt bereits in jungen Jahren mit der
62 Ausbildung. Die Arbeitswelt der Zukunft braucht gute Bildung und Qualifizierung sowie präventiven
63 Gesundheitsschutz. Außerdem müssen wir der unmenschlichen Maßlosigkeit der Leistungsverdichtung
64 Grenzen setzen.

65 *Präventiven Gesundheitsschutz stärken*

1 Die Veränderungen der Arbeitswelt bedingen neue Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz. Dies betrifft
2 insbesondere Gefährdungen für die Augen, den Rücken und die Psyche. Unser Ziel ist eine
3 Arbeitsplatzgestaltung, die sowohl präventiv den gesundheitlichen Verschleiß reduziert, als auch reaktiv das
4 spezifische Leistungsvermögen älterer oder erwerbsgeminderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
5 berücksichtigt. Wir fordern, folgende Maßnahmen zu ergreifen:
6 ?? Durchführung von Modellprojekten, beispielsweise für 5-Schicht-Systeme
7 ?? Verbesserung und Intensivierung der Beratung von Unternehmen
8 ?? Aufnahme der betrieblichen Gesundheitsförderung in ein künftiges Präventionsgesetz
9 ?? Mehr Präventionsmittel für Programme in den Lebenswelten der Menschen (Setting-Programme)
10 ?? Erarbeitung einer nationalen Arbeitsschutzstrategie

11
12 Dabei ist auch eine innovative Arbeitszeitpolitik erforderlich, die eine angemessene Work-Life-Balance der
13 Erwerbstätigen berücksichtigt. Die Forschung zu den Ursachen des Anstiegs psychischer Erkrankungen in
14 der Arbeitswelt sowie die Gesundheitsbildung sollte verstärkt werden. Außerdem sollte der
15 Präventionsgedanke integraler Bestandteil der Beratungs- und Vermittlungsprozesse von Arbeitslosen
16 werden, um auch die gesundheitliche Prävention von Arbeitslosen zu verbessern. Zu diesem Zweck sollte die
17 Krankheitsprävention von Arbeitslosen gestärkt werden.

18
19 *Flexible Übergänge in die Rente ermöglichen*

20 Auch wenn wir unsere Arbeitswelt humanisieren, wird es weiterhin Beschäftigte geben, die nicht bis zum
21 gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten können. Wir dürfen sie nicht dafür bestrafen, dass sie durch ihre
22 Arbeit kaputt gemacht wurden. Auch in Zukunft werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihren
23 Beruf und ihre Arbeitszeit unterschiedlich stark belastet. Deswegen brauchen wir unterschiedliche Formen
24 des Übergangs in den Ruhestand.

25
26 Wir stehen zur **Fortführung der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Altersteilzeit**. Durch
27 die Bemühungen zu einer Humanisierung der Arbeitswelt sollte die Inanspruchnahme der Altersteilzeit jedoch
28 zu einer Ausnahme werden. Es ist keine natürliche Aufgabe des Staates, Unternehmen bei der
29 Frühverrentung zu unterstützen. Deswegen darf die Förderung nur dann erfolgen, wenn ein Unternehmen die
30 frei werdenden Stellen mit Ausbildungsabsolventen neu besetzt. Auf diese Weise soll auch der Einstieg
31 junger Menschen in den Beruf erleichtert werden.

32
33 Wir wollen die **Teilrente als Instrument eines flexiblen Übergangs** in den Ruhestand stärker nutzen.
34 Eine Teilrente soll unter veränderten Hinzuverdienstgrenzen bereits ab 60 Jahren in Anspruch genommen
35 werden können. Dies ermöglicht den Tarifpartnern, attraktive Altersübergangsmodelle zu entwickeln.

36
37 **Lebensarbeitszeitkonten** stellen heute angesichts ihrer weiten Einsatzmöglichkeiten einen wichtigen
38 Pfeiler bei der Organisation und der Durchführung von Arbeitszeitflexibilisierungen in den Betrieben und
39 Unternehmen dar. Wir haben deshalb die Insolvenzsicherung und Portabilität für Lebensarbeitszeitkonten
40 verbessert. Wir wollen, dass die Zuschläge für Mehrbelastung und für Schicht- und Nachtarbeit zum Aufbau
41 von Lebensarbeitszeitkonten zumindest zum Teil genutzt werden können.

42
43 **6. Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

44
45 Wir setzen uns dafür ein, dass der Wettbewerb bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht auf dem
46 Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird. Wir wollen gleiche Löhne und gleiche
47 Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit. Dafür brauchen wir europakonforme Tariftreuegesetze auf
48 Länderebene: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, wenn diese sich bei der
49 Angebotsabgabe schriftlich dazu verpflichten, die auf Bundes- und/oder Landesebene für allgemeinverbindlich
50 erklärten Tarifverträge auf die bei der Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und
51 Arbeitnehmern anzuwenden. Um die Handlungsfähigkeit der Landestarifpartner zu stärken, brauchen wir
52 zudem eine Ergänzung des § 5 Abs. 6 Tarifvertragsgesetz, der zufolge der Bundesminister für Arbeit und
53 Soziales immer dann, wenn einer der Landestarifpartner eine Landesallgemeinverbindlichkeitserklärung
54 verlangt, er diese Entscheidung an die Landesarbeitsbehörde zu übertragen hat.

55
56 **7. Fachkräfte mobilisieren**

57
58 Um den Fachkräftemangel in Baden-Württemberg und gravierende Wettbewerbsnachteile abzuwenden, muss
59 erheblich in eine bessere Bildung und Ausbildung investiert werden. Einer Studie der Robert-Bosch-Stiftung
60 zufolge werden in Deutschland bis 2020 rund 2,5 Millionen Menschen in den Unternehmen fehlen, vor allem
61 Facharbeiter und Akademiker. Der Volkswirtschaft drohen innerhalb von zwölf Jahren Verluste von
62 1,2 Billionen Euro aufgrund eines stockenden Wirtschaftswachstums, fehlenden Sozialbeiträgen, niedrigeren
63 Löhnen und entgangenen Steuereinnahmen, wenn diese Lücke nicht gefüllt wird. Der Fachkräftemangel in
64 Deutschland ist in den Unternehmen zum Teil hausgemacht, da sie ihre Ausbildungsverpflichtung
65 vernachlässigen und die Fachkräfte, die sie benötigten, nicht selbst ausgebildet haben. Wer

66
67

1 Kompetenzfelder erschließen will, braucht gut bezahlte Fachkräfte und Lohnsteigerungen, die sich an der
2 Produktivität orientieren.

3

4 In den Bereichen Bildungs-, Frauen- und Integrationspolitik setzt die SPD gute eigene Akzente. In der
5 Bildungspolitik heißt das konkret: der Rechtsanspruch auf den ersten berufsqualifizierenden Schulabschluss,
6 die Abschaffung von Studiengebühren, die Vereinfachung der Hochschulzugangsberechtigung (zum Beispiel
7 für Ingenieursberufe), die Förderung von Bachelor-Studiengängen im Bereich der Ingenieurwissenschaften,
8 die Entwicklung von staatlichen Weiterbildungsmaßnahmen für ein lebenslanges Lernen, die Förderung der
9 Durchlässigkeit des Bildungssystems (z.B. weg von der Lehrerempfehlung), die Forderung nach längerem
10 gemeinsamen Lernen und die Durchführung einer Imagekampagne, um die Wichtigkeit von lebenslangem
11 Lernen für die Entwicklung des Einzelnen herauszustellen.

12

Frauen fördern

13 Frauen müssen stärker ins Erwerbsleben eingebunden werden. Dazu müssen Arbeitszeiten flexibler werden.
14 Wir fordern weiterhin die Einführung und zügige Umsetzung des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes in der
15 Privatwirtschaft. Arbeitszeiten müssen flexibler werden. Im Ingenieursbereich haben es Frauen besonders
16 schwer. Zur Förderung von Frauen müssen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gesetzlich durchgesetzt,
17 flexiblere Arbeitszeitregelungen unterstützt werden.

18

Integration verbessern

19
20
21 In der Integrationspolitik muss ein ganzheitliches Konzept zur Überwindung der ungleichen Bildungschancen
22 erarbeitet werden. Außerdem müssen hochqualifizierte Zuwanderer gezielt gefördert werden.

23

Potenzial der Älteren nutzen

24 Die Potenziale der älteren Generationen, ihr Fachwissen, ihre Erfahrung und ihre soziale Kompetenz, gilt es
25 zu nutzen. Dabei sind sowohl die Unternehmen, als auch der Staat gefragt. Die Unternehmen müssen ihre
26 Personalpolitik dem demografischen Wandel anpassen, um einen Fachkräftengpass zu verhindern. Ältere
27 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen darüber hinaus gezielt weitergebildet werden. Hierzu zählt
28 auch, die Basisqualifizierung den neuen Anforderungen anzupassen. Wer Qualifizierungschancen erhält,
29 arbeitet auch motivierter. Diese Produktivkraft sollte kein Unternehmen unterschätzen.

30

31
32 Durch ein gezieltes Förderprogramm kann auch der Staat Anreize schaffen, damit das Potential älterer
33 Arbeitnehmer besser genutzt werden kann (vgl. FINPAW – Förderprogramm für Ältere in Finnland). Mit einem
34 Programm sollen Erwerbspersonen über 45 Jahren gezielt gefördert werden, um ihren Anschluss am
35 Arbeitsmarkt zu verbessern und das Ausmaß der Frühverrentung zu verringern. Arbeitgeber, Arbeitnehmer
36 und die Politik müssen bei der Entwicklung zusammenarbeiten, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und
37 den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

38

Begründung

39

Tariftreuegesetz

40
41
42 Nach dem Ruffert-Urteil des EuGH ist ein Tariftreuegesetz dann mit dem europäischen Recht vereinbar, wenn
43 es sich auf gesetzliche Mindestlöhne und/oder für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge bezieht. Solange
44 und dort wo gesetzliche Mindestlöhne fehlen, sind wir also auf Allgemeinverbindlichkeitsserklärungen von
45 Tarifverträgen nach § 5 Tarifvertragsgesetz angewiesen. Für ein europakonformes Tariftreuegesetz für Baden-
46 Württemberg bedarf es zum einen eine Gesetzesinitiative im Landtag, die regelt, dass öffentliche Aufträge
47 nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die auf
48 Bundes- und/oder Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge auf die bei der
49 Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzuwenden. Zum zweiten muss
50 sichergestellt werden, dass die Kompetenzübertragung bei der Allgemeinverbindlichkeit auf die Landesebene
51 erfolgt. Hierauf bezieht sich die Forderung in diesem Antrag.

52

Glossar

53

54
55 AÜG: Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

56

57 Synchronisationsverbot Verbot, die Überlassung an einen Betrieb und die Anstellung bei der Zeitarbeitsfirma
58 zu koppeln

59

60 § 16 f SGB II: Unter dem Stichwort „Freie Förderung“ kann die Agentur für Arbeit bis zu 10 Prozent der auf
61 sie entfallenden Eingliederungsmittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit einsetzen, um die
62 Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Eingliederungsleistungen durch freie Leistungen zur Eingliederung in
63 Arbeit zu erweitern. Die freien Leistungen müssen den Zielen und Grundsätzen dieses Buches entsprechen.

64

65

66

67

1
2 **Antrag 6**

3 **Antragsteller:** Kreisverband Stuttgart
4 **Empfänger:** Landesparteitag, Bundestagsfraktion
5 **Betreff:** EQJ-Richtlinie

6
7 **Der Landesparteitag überweist an die SPD-Bundestagsfraktion:**

8 Die SPD Stuttgart fordert eine bedarfsgerechte Umsetzung der EQJ-Richtlinie mit dem Ziel, Jugendliche mit
9 fehlendem Schulabschluss und schlechtem Hauptschulabschluss besser zu erreichen.

10
11 Mit einem Einstiegsqualifizierungspraktikum sollen Jugendliche eine Chance bekommen innerhalb von sechs
12 bis zwölf Monaten den Arbeitsalltag in einem bestimmten Tätigkeitsfeld kennen zu lernen. Das EQJ richtet
13 sich vor allem an junge Menschen, die wegen fehlender oder schlechter Schulabschlüsse keine Lehrstelle
14 finden. Fehlende bzw. schlechte Schulabschlüsse sagen nichts über praktische Fähigkeiten und dem Willen
15 zur Berufsausbildung aus. Darüber hinaus bietet das EQJ den Jugendlichen die Möglichkeit
16 Schlüsselqualifikationen für die erfolgreiche Aufnahme und Durchführung einer Ausbildung zu erwerben. Die
17 Zielgruppe muss sich auf junge Menschen mit multiplen Problemlagen begrenzen.

18
19 Seit der Einführung des EQJ im September 2004 ist allerdings eine Schieflage zu beobachten. Die Zielgruppe
20 der EQJ-Teilnehmer wurde in Folge mangelnder Passgenauigkeit verfehlt. An EQJ-Maßnahmen nehmen
21 derzeit Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Hauptschulabschluss, mit Mittlerer Reife, mit
22 Fachhochschulreife und Abitur teil. Weil die Spezifizierung der Zielgruppe von „Jugendliche mit
23 eingeschränkten Vermittlungshemmnissen“, „bedingt ausbildungsfähige Jugendliche“ bis hin zur
24 „ausbildungsplatzsuchende Jugendliche“ reicht. Hierunter können grundsätzlich alle Schulabgänger fallen.

25
26 Daher entsteht Handlungsbedarf in der Frage der Zielgenauigkeit. "Ein Missbrauch könnte etwa dort vermutet
27 werden, wo EQJ Plätze überwiegend von Jugendlichen mit mittleren Schulabschluss oder gar Abitur besetzt
28 und die tatsächlich auf eine Förderung angewiesenen jungen Menschen nach unten verdrängt werden." (s.
29 www.spdfraktion.de: AG Bildung und Forschung vom 07.02.2007 - 117, "Einstiegsqualifizierung bringen mehr
30 Jugendliche in Ausbildung", eingesehen am 29.03.2007). Wer in der Wirtschaft etwa die Ausbildungsreife
31 von Abiturienten oder dem Großteil der Realschüler bezweifelt, schießt deutlich übers Ziel hinaus und ein
32 Missbrauch des Instruments Seitens der Wirtschaft liegt nahe.

33
34 Eine Erfolgskontrolle dieser Maßnahme ist unerlässlich und muss fortlaufend weiterentwickelt werden.
35 Analog zu den Richtlinien des BVBs fordern wir die Aufnahme des EQJs ins Berufsbildungsgesetz mit
36 genauer Festlegung der Grund- und Förderstufen der Jugendlichen während des
37 Einstiegsqualifizierungspraktikums.

38
39 **Antrag 7**

40 **Antragsteller:** Kreisverband Böblingen
41 **Empfänger:** SPD Landesparteitag
42 SPD Bundespartei
43 Zur Kenntnis: AsF Landesvorstand

44
45 **Betreff:** Berechnungspraxis von Arbeitslosenentgelt nach
46 **Eltern- und Betreuungszeit**

47
48 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**

49 Das vor Erziehungs- und Betreuungszeiten gezahlte Entgelt ist bei der Berechnung der Arbeitslosenleistung
50 in gleicher Höhe durchgängig für die Erziehungs- und Betreuungszeiten zu Grunde zu legen.

51
52 **Begründung**

53 Nach der bisherigen Gesetzeslage (SGB III §130 (2)3) bleiben Zeiten, in denen wegen Erziehung und
54 Betreuung die Arbeitszeit gemindert bzw. Eltern oder Erziehungsgeld bezogen oder ein Kind unter 3 Jahren
55 betreut oder erzogen wurde, bei der Ermittlung des Bemessungszeitraumes (= mindestens 150 Tage mit
56 versicherungspflichtigem Arbeitsentgelt innerhalb der letzten 2 Jahre) als Basis des Arbeitslosengeldes
57 außer Betracht: Der Bemessungszeitrahmen für die Ermittlung des Arbeitslosengeldes erweitert sich um
58 diese Zeit.

59 Die Vorschrift soll, so das Merkblatt für Arbeitslose der Bundesagentur für Arbeit 1.2007, etwaige Nachteile
60 derjenigen Elternteile vermeiden, die nach der Eltern- und Betreuungszeit arbeitslos geworden sind.

61
62 **Erziehungs- und Betreuungszeiten wirken sich jedoch bei der Ermittlung der Berechnungsbasis für
63 die Höhe des Arbeitslosengeldes negativ aus:**

64 Derzeit wird ein f i k t i v ermittelt Durchschnittsentgelt (SGB III § 132) aus Zeiten mit Entgeltzahlung (=
65 vor/bzw. nach der Erziehungszeit) plus Zeiten ohne Entgeltzahlung (während der Erziehungszeit) ermittelt -
66
67

1 und auf jener Durchschnittsbasis die Arbeitslosenleistung durch die Arbeitsagentur berechnet.
2 Die Höhe der Leistungen liegt oftmals erheblich unter dem zuletzt erzielten Arbeitsentgelt und kann um bis
3 zu 40 Prozent niedriger ausfallen als das Arbeitslosengeld, welches ohne Erziehungszeiten und
4 Betreuungszeiten gezahlt worden wäre.
5
6 Die komplizierte Berechnungspraxis mit dem Ansetzen eines fiktiven Pauschalbetrages als
7 Bemessungsentgeltes seitens der Bundesagentur für Arbeit für Arbeitslose nach Erziehungs- und
8 Betreuungszeiten ist umstritten.
9 Sie hat bereits zu **zahlreichen Prozessen grundsätzlicher Art und auch hinsichtlich der Höhe von**
10 **solchen Pauschalbeträgen** geführt etwa dem Sozialgericht Berlin-Brandenburg (Az.: B 11a AL 23/07 R und
11 B 11a AL 41/07 R), Landessozialgericht Berlin-Brandenburg (Az.: L 12 AL 318/06) oder dem Sozialgericht
12 Stuttgart (Az.: S 14 AL 5866/06).
13 In der Urteilsbegründung des Sozialgericht Berlin Az.: S 77 AL961/06 – eine Frau hat gegen Höhe ihrer fiktiv
14 bemessenen Arbeitslosen-Pauschale geklagt – stellt das Gericht explizit fest: „Die fiktive Bemessung
15 bewirkt im Gegensatz zu den Gesetzeszwecken im Regelfall eine deutliche Reduzierung der
16 Leistungsansprüche.“
17 Es hat zur Folge, dass (noch immer) überwiegend Frauen (und hoffnungsvoll zunehmend) Männer jedoch, die
18 nach Erziehungszeiten wieder in den Beruf zurückkehren und dann von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bei der
19 Höhe ihres Arbeitslosengeldes benachteiligt sind.
20
21 Und auch Elternteile, die sich nach Eltern- und Betreuungszeit gekoppelt mit anschl. Arbeitslosigkeit, dann
22 den Ausweg durch Selbständigmachen suchen, sind von dieser ungünstigen Berechnungspraxis betroffen:
23 **Der Existenzgründer-Zuschuss** wird nämlich auf Basis des so ermittelten niedrigeren Arbeitslosengeldes
24 berücksichtigt.
25
26 Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Kreisverband Böblingen sieht dringenden
27 grundsätzlichen Handlungsbedarf auf höchster Ebene:
28 Mit Recht sind Betreuungszeiten sowie Erziehungszeiten eingeführt worden, ab 2007 zu Elternzeiten für
29 Mütter oder Väter erweitert. Diese Zeiten werden klar in der Rentenanwartschaft berücksichtigt.
30 Kinder- und Familienfreundlichkeit werden von Politik, Regierung und Parteien, Wirtschaft und Bürgerschaft,
31 propagiert. Für Frauen bzw. Männer, die als Elternteil mit ihren Kindern zum Bruttosozialprodukt unserer
32 Volkswirtschaft beitragen, muss konsequenterweise das vor der Erziehungszeit bezogene Entgelt in der
33 Berechnung des Arbeitslosenentgeltes Berücksichtigung finden. Und es dürfen nicht diejenigen schlechter
34 gestellt werden, welche im Dienst unserer immer mehr alternden Gesellschaft pflegebedürftige Ältere
35 betreuen.

Antrag 8

Antragsteller: Kreisverband Stuttgart

Empfänger: Bundestagsfraktion, Landesparteitag

Betreff: Wiedereinführung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer

Der Landesparteitag hat an den nächsten Landesparteitag überwiesen:

Wir fordern die Wiedereinführung einer Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer. Bei der Wiedereinführung soll diese so neu gestaltet werden, dass sie unabhängig vom Einkommen gleich wirkt und nur von der Entfernung zum Arbeitsplatz abhängt.

Begründung:

I. Allgemeiner Teil

Die bisherige Entfernungspauschale vermindert das zu versteuernde Einkommen. Dieses Einkommen ist der Teil des Bruttolohns, der am Ende eigentlich besteuert wird. Zur Ermittlung des zu versteuernden Einkommens wird u.a. die Entfernungspauschale vom Bruttolohn abgezogen. Zur Ermittlung der Entfernungspauschale wurden bis zum Jahr 2007 bei einer Fahrt für jeden Entfernungskilometer zwischen Wohn- und Arbeitsstätte 0,30 Euro eingerechnet. Ab 2007 wird dies pro Fahrt erst ab dem 20sten Entfernungskilometer gemacht.

Grundsätzlich gilt: Die Entfernungspauschale ist systematisch gerecht. Der ihr zugrunde liegende Gedanke ist es diejenigen Kosten von der Besteuerung auszuschließen, die einem Arbeitnehmer notwendigerweise entstehen, um seine Tätigkeit überhaupt ausführen zu können (sog. Werbungskosten). D.h. Das der Staat sich dafür entschieden hat auf den Teil des Lohnes, den man für die Fahrten zur Arbeit braucht keine Steuern zu erheben.

Die Kritik, dass die Entfernungspauschale ArbeitnehmerInnen mit einem höheren Einkommen stärker zu Gute kommt, als Personen mit einem niedrigen bleibt berechtigt. Zu Bedenken ist, dass diese Kritik in

1 gleichem Maße für jegliche Art von Werbungskosten gilt. Wenn man mit ausschließlich diesem Argument
2 die Entfernungspauschale abschafft, verliert jegliche Abzugsfähigkeit von Werbungskosten ihre Berechtigung.

3
4 Die Abschaffung der Entfernungspauschale erfolgte unter Verweis auf das Werkstorprinzip. Demnach
5 beginne die Arbeit erst am Arbeitsplatz und erst ab da können entstandene Kosten als Werbungskosten
6 geltend gemacht werden. Die Kosten für die Fahrt zur Arbeit seien jedoch keine Werbungskosten, da der
7 Wohnort ja frei gewählt werden kann. Nach wie vor ist die Arbeitswelt jedoch von steigender Dynamik
8 geprägt. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. Das 20 Jährige Arbeitsverhältnis in
9 einem einzigen Unternehmen ist nicht mehr der Regelfall. Deswegen wird es für viele ArbeitnehmerInnen,
10 insbesondere für Familien, immer schwieriger ihren Wohnort kurzfristig an die Nähe zum Arbeitsplatz
11 anzupassen.

12 13 **II. Spezieller Teil**

14 Es gibt keinen systematischen Grund dafür, dass die Entfernungspauschale ab dem 20sten Kilometer gilt
15 und davor nicht. Insbesondere erscheint die Wahl dieser Entfernung als willkürlich. Mit der Abschaffung
16 selbst werden gerade die Pendler bestraft, die nah am Arbeitsplatz wohnen und sich somit umweltschonend
17 verhalten. Dies gilt auch für diejenigen, die den ÖPNV verwenden, da sie auch von der Entfernungspauschale
18 profitieren.

19
20 Der Verweis auf die Gerechtigkeitslücke bei der Entfernungspauschale ist aus systematischen Gründen
21 nicht berechtigt, da es eigentlich Aufgabe der Steuersätze ist Umverteilung zu organisieren. Ökonomisch
22 gesehen, gilt es dennoch zu hinterfragen warum jemand mit einem höheren Einkommen stärker von der Fahrt
23 zur Arbeit profitiert. Da die Entfernungspauschale faktisch alle ArbeitnehmerInnen betrifft, kann man diese
24 noch weiter vereinheitlichen: beispielsweise durch die Verminderung der Steuerschuld um einen festen Cent
25 Betrag pro Kilometer. So wird sichergestellt, dass die Entfernungspauschale Personen mit höherem
26 Einkommen nicht weiter bevorteilt.

28 29 **Antrag 9**

30 **Antragsteller:** KV Rhein-Neckar

31 **Empfänger:** Landesparteitag, Bundesparteitag

32 **Betreff:** Unsere Kernforderungen für ein Regierungsprogramm zur Bundestagswahl
33 2009

34
35 **Der Landesparteitag hat beschlossen und an den Parteivorstand überwiesen:**

36 37 **Wir wollen Chancengleichheit durch Bildung!**

38 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir sagen: Keine Studiengebühren für das
39 Erststudium! Lernmittelfreiheit! Stipendien ausbauen! Länger gemeinsam Lernen! Bessere und mehr
40 frühkindliche Bildung!

41 42 **Wir wollen Gute Arbeit!**

43 Wir wollen einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn, der von einer unabhängigen Kommission festgelegt
44 wird. Wir brauchen darüber hinaus neue Konzepte, damit sich Arbeit mehr lohnt und ausreicht, auch eine
45 Familie zu ernähren. Wir setzen uns für die Sicherung und Stärkung der Tarifautonomie ein.

46 47 **Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit!**

48 Eigentum verpflichtet, diesen Grundgesetzartikel gilt es, mit neuem Leben zu erfüllen. Starke Schultern
49 tragen mehr als Schwache. Die aktuellen Fälle aus Liechtenstein werfen dunkle Schatten auf die so
50 genannte Elite unserer Wirtschaft. Wir fordern mehr Personal und Engagement in der Verfolgung von
51 Steuerdelikten. Es darf kein Nachlassen in den internationalen Verhandlungen zur Schließung von
52 Steuerschlupflöchern geben.

53 Wir wollen eine Begrenzung von Managergehältern und Abfindungen.

54 55 **Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient!**

56 Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir sind für Gewinne, sie sind aber kein
57 Selbstzweck: Eigentum verpflichtet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen einen gerechten Anteil an
58 den Früchten ihrer Arbeit haben. Wir treten ein für mehr Beteiligung am Haben (Mitarbeiterbeteiligung) und
59 Sagen (Mitbestimmung).

60 Subventionen einstecken und dann die Firma verlagern – das können wir nicht länger zulassen. Und
61 Betriebsverlagerungen als Betriebsausgaben steuerlich geltend machen, bedeutet, dass wir gleich noch
62 einmal als Gemeinwesen dafür zahlen, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Wir fordern eine gesetzliche
63 Regelung, die beides künftig ausschließt.

64 Manager sollen für Fehlentscheidungen gerade stehen. Wir wollen internationale Standards für eine stärkere
65 persönliche Haftung, die sowohl ihrer unternehmerischen als auch der gesellschaftlichen Verantwortung

1 Rechnung tragen. Dem Neoliberalismus muss eine klare Absage erteilt werden. Alles was der
2 Daseinsvorsorge dient, darf nicht privatisiert werden oder die Privatisierung muss rückgängig gemacht
3 werden.

4

5 **Wir setzen weiter auf die ökologische Erneuerung!**

6 Es bleibt beim Atomausstieg. Unsere Zukunft liegt in erneuerbaren Energien. Deren Erforschung und ihren
7 Einsatz wollen wir stärker fördern. Daneben gilt es, die Energieeinsparung weiter zu unterstützen.

8

9 **Wir wollen mehr zum Leben für die Ärmsten!**

10 351 Euro (für Sozialgeld/Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen) sind zu wenig, vor allen in Ballungsräumen. Wir
11 brauchen eine maßvolle Erhöhung der Regelsätze. Wir wollen neu darüber nachdenken, ob auf dem flachen
12 Land und in den Großstädten wirklich ein einheitlicher Satz gelten kann, wenn gleichzeitig die
13 Lebenshaltungskosten so weit auseinander klaffen. Sozialleistungen sollen sich in ihrer Entwicklung an der
14 allgemeinen Einkommensentwicklung orientieren. Und Kinder dürfen nicht länger zur Armutsfalle für Familien
15 werden.

16

17 **Wir setzen auf Solidarität in der Tätigkeitsgesellschaft!**

18 Menschen, die Kinder, Kranke oder Alte versorgen, betreuen oder bilden sollen stärker gefördert werden.
19 Dies wäre ein großer Schritt in Richtung einer Tätigkeitsgesellschaft, die den engen Arbeitsbegriff der
20 Erwerbsarbeitsgesellschaft überwindet und alle sinnvollen Tätigkeiten umfasst und gleich behandelt.

21

22 **Wir wollen gerechte und stabile Sozialversicherungen!**

23 Wir wollen die Bürgerversicherung. Alle zahlen entsprechend ihrem Einkommen ein. Alle Einkommensarten
24 werden berücksichtigt. Alle Sozialversicherungen werden einbezogen. Der steuerfinanzierte Anteil in den
25 Sozialversicherungen soll steigen.

26 Ein starres Renteneintrittsalter hat keine Zukunft. Wir wollen rechtzeitig über flexible Lösungen nachdenken,
27 die der arbeitenden Bevölkerung mehr Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen, ohne sie zu überfordern.
28 Wer 45 Beitragsjahre geleistet hat, soll unabhängig vom Alter abschlagsfrei in Rente gehen können.

29

30 **Wir wollen eine echte Balance zwischen Freiheit und Sicherheit!**

31 Wir wollen den Schutz der Privatsphäre der Bürger. Mit technischen Überwachungsmöglichkeiten muss
32 umsichtig umgegangen werden. Überwachungsmaßnahmen dürfen nur nach richterlichen Entscheidungen
33 durchgeführt werden.

34

35 **Wir definieren Deutschland als Friedensmacht.**

36 Wir gewinnen den Frieden nur durch mehr Gerechtigkeit weltweit. Wir wollen mehr
37 Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des BIP) . Wir wollen, dass protektionistische Schutzvorkehrungen,
38 durch die sich die Industrieländer abgeschottet haben, für alle Seiten sozial verträglich abgebaut werden.
39 Militärische Einsätze akzeptieren wir nur als letztes Mittel und nur im Rahmen der Vereinten Nationen. Wir
40 wollen neue Konzepte und mehr Anstrengung in der Konfliktvermeidung, die die Ursachen von künftigen
41 Konflikten, beispielsweise den Kampf um knappe Ressourcen wie Wasser oder die globale Umweltkrise,
42 bekämpfen.

43 Wir setzen uns dafür ein, dass der Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern eingeschränkt und
44 stärker kontrolliert wird.

45

46

47 **Begründung**

48

49 **Innovativ, gerecht, friedensstiftend, nachhaltig:**

50 **Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert**

51

52 Innovation und Gerechtigkeit, Erneuerung und Zusammenhalt – die SPD war immer stark, wenn sie nach
53 vorne gedacht hat und sich und ihren Grundwerten dabei treu geblieben ist. Den Bundestagswahlkampf 2009
54 wollen wir deshalb nutzen, die besten Zukunftsideen zu entwickeln und breit zu diskutieren. Je stärker uns
55 dies gelingt, umso mehr werden der traditionelle Strukturkonservatismus von CDU/CSU und die
56 Marktradikalität der FDP zu Tage treten.

57

58 Gleichzeitig geht es um die Erkennbarkeit des Profils der SPD als Partei der Sozialen Gerechtigkeit. Mit
59 dem Begriff der „Reform“ sollen sich wieder Hoffnungen verbinden. Unsere Politik muss erkennbar für mehr
60 Gerechtigkeit sorgen. Damit erreichen wir neues Vertrauen. Wir wollen, dass möglichst Viele von den
61 Chancen der Globalisierung profitieren. Wir stehen für eine faire Gesellschaft und dafür, dass gerade auch
62 Menschen, denen es gut geht, an ihre Verantwortung für unser Gemeinwesen erinnert werden. Gerechtigkeit
63 und Sicherheit für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien müssen mit notwendigen
64 Strukturveränderungen verknüpft werden. Das Hamburger Programm hat hierfür unser umfassendes
65 Verständnis von Sozialpolitik beschrieben: vorsorgend und nachsorgend. Dabei ist auch unser Verständnis

66

67

1 von Gerechtigkeit umfassend: Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit: Armut braucht eine Grenze und
2 Reichtum ein Maß. Wir wollen Generationengerechtigkeit: Bildungs- und Berufschancen für die Jungen,
3 Versorgungssicherheit für die ältere Generation, Umwelt- und Ressourcenschonung für die Nachkommen.
4 Und Gerechtigkeit macht nicht an Grenzen halt.

5
6 „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, schrieb Willy Brandt. Ist die Idee von der
7 Friedensmacht Deutschland etwa veraltet? Wir meinen, dass es sich lohnt, über neue Konzepte und mehr
8 Anstrengung in der Konfliktvermeidung nachzudenken und die Ursachen von künftigen Konflikten,
9 beispielsweise den Kampf um knappe Ressourcen wie Wasser oder die globale Umweltkrise, rechtzeitig zu
10 bekämpfen, um Gewaltausbrüche zu vermeiden.

11
12
13 **Antrag 10**

14 **Antragsteller:** Kreisverband Tübingen

15 **Empfänger:** Landesparteitag

16 **Betreff:** Chancengleichheit und solidarische Gesellschaft

17
18 **Der Landesparteitag hat an die Programmkommission überwiesen:**

19 Die Sozialdemokratie steht für den immerwährenden Kampf für eine Gesellschaft der Solidarität und der
20 Chancengleichheit. Wir wollen mehr Gerechtigkeit, indem wir Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern,
21 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten und Teilhabe für alle gewährleisten.

22 Das Auseinanderdriften verschiedener Alters- oder sozialer Gruppen oder eine Zweiklassengesellschaft
23 beispielsweise im Gesundheitssystem müssen wir verhindern! Unterschiede in den Betrieben wie
24 Ungleichbehandlung der Geschlechter oder von Festangestellten vs. Leiharbeitern lehnen wir strikt ab.
25 Entwicklungen, die Risse in der Gesellschaft verursachen und in letzter Konsequenz neben dem inneren
26 Zusammenhalt das staatliche Gewaltmonopol angreifen, treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen.

27
28 Selbstbewusst können wir betonen, dass sozialdemokratische Regierungspolitik in den letzten Jahren vieles
29 erreicht hat. So haben Hunderttausende Menschen, die zuvor noch arbeitslos waren, mittlerweile einen
30 Arbeitsplatz gefunden, Gleichberechtigung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Ausbau der
31 Kinderbetreuung sind vorangetrieben worden, unsere sozialen Sicherungssysteme wurden zukunftsfest
32 gemacht, und die Staatseinnahmen steigen wieder, so dass Bund, Länder und Gemeinden neue
33 Handlungsspielräume gewonnen haben. Nun gilt es, diese Spielräume richtig zu nutzen!

34 Die SPD hat in der Regierungsverantwortung allerdings auch Fehler gemacht und manches Problem noch
35 nicht gelöst. Eliten reproduzieren sich mittlerweile zunehmend selbst; vielen gesellschaftlichen Gruppen sind
36 Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt. Insbesondere ist es bisher nicht gelungen, die wachsende Schere
37 zwischen Arm und Reich zu schließen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren nur wenig vom
38 wirtschaftlichen Aufschwung – viele bisher gar nicht. Das Versprechen „Sicherheit im Wandel“ wurde nur
39 unzureichend eingelöst.

40 Vom Armutsrisiko besonders betroffen sind Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende,
41 Paare mit mehreren Kindern, Menschen ohne Berufsausbildung und zunehmend Personen, die trotz
42 Erwerbstätigkeit unter die Armutsgrenze fallen. Die Zahl der Beschäftigten, die unter Abstiegsängsten und
43 der Angst vor Arbeitsplatzverlust leiden, nimmt zu. Auf die Entlastung und Teilhabe all dieser Gruppen
44 müssen sich unsere Anstrengungen also in besonderem Maße richten.

45
46 Ausgehend von dieser Analyse richten wir unseren Blick nach vorne auf die vor uns liegenden
47 Herausforderungen und formulieren unsere politischen Ziele für die kommende Legislaturperiode des
48 Deutschen Bundestages.

49
50 Die SPD will eine Politik für mehr Gerechtigkeit. Unser Ziel ist es, Wohlstand für alle zu ermöglichen.
51 Wirtschaftliche Dynamik und mehr Beschäftigung wollen wir mit einer Politik des sozialen Zusammenhalts
52 verbinden. Wir wollen Chancen eröffnen sowie Sicherheit und Orientierung in einer sich verändernden
53 Gesellschaft ermöglichen.

54 Deshalb fordern wir:

- 55
56 1. Wir wollen Teilhabe auch für diejenigen Menschen sicherstellen, die vorübergehend oder dauerhaft aus
57 dem Erwerbsleben ausgeschlossen sind. Gerade in Anbetracht der Preissteigerungen der vergangenen
58 Monate treten wir daher für eine Anhebung der Regelsätze bei Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und
59 Sozialhilfe ein. Einmalige Bedarfe sind auszuweiten.
- 60
61 2. Wir kämpfen gegen Ghettoisierung und soziale Isolation an. Deshalb setzen wir uns unter anderem für
62 sozial stabile Wohnstrukturen ein.
- 63
64 3. Wir wollen Teilhabe durch Arbeit. Deshalb müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden,
65 um noch mehr Arbeitslosen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dies gilt
66
67

- 1 besonders für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Junge Menschen
2 mit geringer Qualifizierung müssen dringend die Chance erhalten, sich durch
3 Weiterbildungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei der Arbeitsvermittlung muss die
4 individuelle Betreuung weiter ausgebaut werden.
- 5
- 6 4. Hilfebedürftige sollen von ihren Zuverdiensten mehr behalten können. Um zu verhindern, dass Menschen
7 überhaupt Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Anspruch nehmen müssen, werden wir
8 geringe Einkommen verstärkt von Lohnnebenkosten entlasten. Im Gegenzug sollen dann die bisherigen
9 Mini- und Midijobs abgeschafft werden.
- 10
- 11 5. Wir wollen Lohndumping verhindern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen von ihrem Lohn leben
12 können. Deshalb treten wir für flächendeckende, gesetzliche Mindestlöhne ein.
- 13
- 14 6. Zeit- und Leiharbeit ist zu beschränken - sowohl was ihren quantitativen Anteil an der
15 Gesamtbeschäftigung betrifft als auch in Bezug auf ihre Dauer. Auch in der Leiharbeit muss gelten:
16 Gleicher Lohn und gleiche Rechte für gleiche Arbeit! Das Synchronisationsverbot muss wieder gelten.
17 Die Ausnahmeregelung für Tarifverträge der Zeit- und Leiharbeitsbranche muss gestrichen werden.
- 18
- 19 7. Wir streben gesetzliche Regelungen für Praktikantinnen und Praktikanten an. Über Möglichkeiten der
20 Umlagefinanzierung im sozialen Sektor muss nachgedacht werden. Praktika haben allein der Aus- und
21 Weiterbildung zu dienen und sind grundsätzlich zu vergüten.
- 22
- 23 8. Wir wollen endlich gleiche Bezahlung und gleiche Karrierechancen für Männer und Frauen verwirklichen.
24 Daher brauchen wir ein echtes Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.
- 25
- 26 9. Wir stehen für eine Rentenpolitik, die den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennt, aber die
27 Realitäten in unterschiedlichen Berufsgruppen berücksichtigt. Eine immer weitere Verlängerung der
28 Lebensarbeitszeit allein kann keine dauerhafte Lösung sein. Wir wollen Modelle eines flexiblen
29 Renteneinstiegs realisieren, die Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen einen früheren
30 Renteneintritt ermöglichen.
- 31
- 32 10. Die Rente bedarf einer armutsfesten Komponente. Dabei wollen wir uns an Systemen wie dem
33 Schweizer Rentensystem bzw. den skandinavischen Modellen steuerfinanzierter Garantierenten
34 orientieren.
- 35
- 36 11. Die SPD steht für eine gute und breite Gesundheitsversorgung. Wir treten entschieden gegen eine
37 Zweiklassenmedizin ein. Wir werden verschiedene Zuzahlungen abschaffen. Wir sprechen uns für die
38 Abschaffung der Praxisgebühr aus.
- 39
- 40 12. Wir wollen eine gerechtere Finanzierung (sozial-)staatlicher Leistungen. Die nächste Legislaturperiode
41 muss genutzt werden, um Arbeitseinkommen zu entlasten und Kapitaleinkommen stärker an der
42 Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen. Deshalb treten wir für eine stärkere
43 Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme und die Umsetzung des Prinzips der
44 Bürgerversicherung in allen Zweigen der Sozialversicherung ein.
- 45
- 46 13. Wir halten ohne Wenn und Aber an der Notwendigkeit einer gerechten Besteuerung von großen
47 Vermögen und Erbschaften fest. Dies ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit in unserer
48 Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir den vorliegenden Regierungsentwurf zur Reform der
49 Erbschaftsteuer. Darüber hinaus treten wir für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein.
- 50
- 51 14. Kein Staat darf auf Dauer hinnehmen, dass ihm durch Steuerbetrug oder Steuervermeidung viele
52 Milliarden Euro entgehen. Deshalb muss die Bekämpfung des kriminellen Steuerbetrugs durch weitere
53 Maßnahmen intensiviert werden. Im Land treten wir dafür ein, die Steuerfahndung zu optimieren und die
54 Zahl der Betriebsprüfungen durch zusätzliche Betriebsprüfer zu erhöhen.
- 55
- 56 15. Wir wollen den Steuerwettbewerb durch die Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts, die
57 Angleichung der Bemessungsgrundlagen und die Einführung von Mindeststeuersätzen auf europäischer
58 Ebene einschränken. Zudem fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer von 0,5 %.
- 59
- 60 16. Als Partei der Zukunftschancen treten wir für ein flächendeckendes und gebührenfreies Angebot von
61 Ganztagesbetreuung und Ganztageschulen und die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems ein.
62 Wir wollen längeres gemeinsames Lernen und qualifizierte Abschlüsse statt Warteschleifen. Wir halten
63 Privatisierungstendenzen im Bildungssektor für falsch und gefährlich.
- 64
- 65 17. Wir setzen uns für das Recht auf einen Schulabschluss und das Recht auf Bildung für alle ein.
- 66
- 67

- 1
2 18. Wir treten für ein gebührenfreies Erststudium und ein angemessenes BAföG ein. Ein
3 Studienfachwechsel in den ersten vier Semestern soll hierfür unschädlich sein. Ein konsekutiver
4 Studiengang mit Bachelor-Studium und darauf aufbauendem Master-Studium gilt als Erststudium. Wir
5 wenden uns gegen eine stärkere Selektivität beim Hochschulzugang.
6
7 19. Wir wollen eine Kultur des lebenslangen Lernens und damit die Stärkung der Weiterbildung.
8
9 20. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einer Absicherung gegen Berufsunfähigkeit
10 unabhängig von Einkommen und Gesundheitszustand ermöglichen.
11
12 21. Die aktuell weltweite Finanzkrise macht deutlich, dass die Finanzmärkte einer international
13 abgestimmten Regulierung bedürfen. Um ein Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft
14 einzugrenzen, muss die Politik dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder
15 hergestellt wird. Bei Eingriffen des Staates muss verhindert werden, dass Verluste sozialisiert und
16 Gewinne privatisiert werden. Deshalb müssen staatliche Finanzhilfen für private Banken durch eine
17 entsprechende Kapitalbeteiligung des Staates abgegolten werden.
18

19
20
21
22
23
24
25 ??
26
27
28

29
30
31
32
33
34
35
36
37
38 **Antrag 13**
39 **Antragsteller:** KV Rhein-Neckar
40 **Empfänger:** Landesparteitag und Landtagsfraktion
41 **Betreff:** Nachhaltige Energieversorgung und Klimapolitik
42

43 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**
44

45 Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimapolitik sind folgende Maßnahmen zu treffen:
46

47 **1. Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene:**

- 48 ?? Bund und Land müssen die Zielsetzung verwirklichen, die Energie- Gewinnung aus Erneuerbaren
49 Energien (EE) bis zum Jahre 2010 zu verdoppeln;
50 ?? Der Ausbau der Großen Wasserkraft (mehr als 20 MW) muss dringend über das novellierte Erneuerbare-
51 Energien-Gesetz (EEG) oder durch das Land gefördert werden.
52 ?? Die Landesplanungsgesetze sind so zu ändern, dass für die Windkraftnutzung alle Flächen zugelassen
53 sind, die nicht ausdrücklich als Ausschlussgebiete ausgewiesen werden.
54 ?? Alle geeigneten Dachflächen von Gebäuden der Öffentlichen Hand sollen mit solar-thermischen sowie
55 Photovoltaik-Anlagen versehen werden, um nicht nur die Nachfrage anzuregen, sondern auch aus
56 Gründen der Vorbildfunktion der Öffentliche Hand.
57 ?? Über eine abgestimmte „Energieoffensive Ländlicher Raum“ müssen sowohl die Gewinnung von
58 Energierohstoffen als auch die dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und Sonne gezielt im
59 Ländlichen Raum vorangetrieben werden. Dies als künftiges wirtschaftliches Standbein für die
60 landwirtschaftlich geprägten Landesteile.
61 ?? Baden-Württemberg muss sich durch Forschung und Förderung von Erkundungsmaßnahmen an der
62 Entwicklung und Einführung der Tiefen Geothermie aktiver beteiligen. Aggressive Marktanreizprogramme
63 sind aufzulegen.
64 ?? Der Ausstieg aus der Atomenergie darf nicht länger von CDU/CSU und FDP, insbesondere von der baden-
65 württembergischen Landesregierung blockiert werden. Diese muss endlich intensiv an der Substitution der
66
67

1 Kraftwerkskapazitäten bis 2022 mitwirken und die Konversion der Kraftwerksstandorte begleiten.

2. Maßnahmen auf EU-Ebene

4 ?? Es ist dringend notwendig, dass die EU eine Richtlinie beschließt, die über die bestehende Richtlinie hinaus Maßnahmen entsprechend dem deutschen EEG beinhaltet.

6 ?? Es sind umgehend von Seiten der EU Planungen anzugehen für ein weiträumiges Netz von HGÜ-Leitungen, das sich über ganz Europa erstreckt.

8 ?? Der Strukturfonds der EU muss konsequent auf den Ausbau der EE ausgerichtet werden.

9 ?? Durch entsprechende Zertifizierung muss sicher gestellt werden, dass kein Biokraftstoff in die EU eingeführt wird, der in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion oder nach Vernichtung von Regenwald erzeugt wurde.

12 ?? Die Entwicklungspolitik der EU muss darauf ausgerichtet sein, dass Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Potentiale an EE nachhaltig und wirtschaftlich zu nutzen.

3. Ausweitung der Erforschung Erneuerbarer Energien

16 Die Forschung im Bereich EE muss intensiviert und die Forschungsmittel für EE müssen sowohl in Deutschland als auch in der EU dringend aufgestockt und umgeschichtet werden, zumal in Deutschland umgerechnet in jedes Atomkraftwerk jeweils über 5 Mrd. € an Forschungsgeldern geflossen sind und derzeit noch ca. 60% des EU-Forschungsetats für Atomforschung ausgegeben werden. Zum Beispiel muss eine erweiterte Energieforschung im Bereich EE Folgendes erbringen:

21 ?? Wesentlich verbesserte Potentialanalysen zur Erstellung globaler und öffentlich zugänglicher Datensätze.

22 ?? Konsistente Konzepte für Biomassenutzung und Wärmeversorgung.

23 ?? Ökonomische Konzepte für Tiefe Geothermie, insbesondere für den Oberrheingraben und das süddeutsche Molassebecken.

26 Die Energieversorgung muss so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig ausgerichtet sein. Es wird höchste Zeit, dass sich die bisherigen Verhinderer des Umstiegs auf Erneuerbare Energien von ideologischen Scheuklappen befreien. Das gemeinsame Ziel muss ein schneller, sozial- und klimaverträglicher sowie Ressourcen schonender Umbau der Energieversorgung sein.

Begründung:

32 Die Energiepolitik ist in den letzten Jahren zunehmend in den Vordergrund gerückt durch die Diskussion über die Importabhängigkeit der EU (von Russland, Iran u.a. !) hinsichtlich der Primär-Energieträger, durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger und durch die Klimaveränderungen, die durch den immensen Energieverbrauch und den damit verbundenen Emissionen hervorgerufen werden.

Energieverbrauch und CO₂-Emissionen

38 Pro Kopf gerechnet ist der Energieverbrauch in der EU 5-mal, in den USA sogar 12-mal so hoch wie in Afrika und Asien. Die USA verbrauchen pro Kopf doppelt soviel Energie wie Exportweltmeister Deutschland.

40 Andererseits reichen die Reserven der Primärenergieträger bei konstanter Förderung nicht mehr allzu lange: die Ölvorräte nur noch ca. 40 Jahre, die Gasvorräte ca. 60 Jahre und die Kohlereserven ca. 190 Jahre.

42 Beim Öl und Gas bekommen wir derzeit einen Vorgeschmack auf das, was bei immer knapper werdenden Energieträgern auch in Zukunft eintreten wird: ein stetiges bis stürmisches Ansteigen der Preise. Auch der momentane Rückgang darf zu keinen Illusionen Anlass geben. Bleibt die Abhängigkeit von diesen Primärenergieträgern erhalten, so sind Ursachen für neue Kriege bereits vorprogrammiert. Deswegen ist eine Verlagerung des Energieverbrauchs auf Erneuerbare Energien (EE) unumgänglich. Eine Abkehr von der Nutzung der bisherigen Energieträger ist jedoch nicht nur unter energiepolitischen Gesichtspunkten notwendig, sondern auch aus Gründen des Klimaschutzes. Im Jahre 1990 erfolgte durch den weltweiten Energieverbrauch ein Ausstoß des Klimagases CO₂ in der Größenordnung von 30 Mrd. t, in der EU waren es 4,266 Mrd. t und in Deutschland 1,23 Mrd. t. Das Jahr 1990 ist das Basisjahr für die Anstrengungen und Pläne zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Inzwischen sind die CO₂-Emissionen weltweit und EU-weit gestiegen. Die tiefgreifenden und außergewöhnlichen Wetter- und Temperaturveränderungen der letzten Jahre, insbesondere die Erwärmungen und die Intensität sowie die Häufigkeit der Orkane werden auf diesen „Klimakiller“ zurückgeführt. Durch das Auftauen von Permafrostböden, infolge der Erwärmung, werden dann zusätzlich erhebliche Mengen des gefährlichen Klima zerstörenden Gases Methan freigesetzt.

56 Aus all diesen Gründen ist eine Neuorientierung der Energiepolitik in Richtung EE notwendig. Sie muss EU-weit und auch weltweit schnellstens erfolgen.

Ziele einer tragfähigen Energiepolitik der EU

60 Eine auf die Zukunft ausgerichtete Energiepolitik der Europäischen Union muss folgende Ziele im Visier haben:

- 62 1. **Sicherstellung der Versorgung zu angemessenen Preisen,**
63 die die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft nicht gefährden und für die Bürgerinnen und Bürger
64 tragbar sind. Hierbei muss die Importabhängigkeit von Energie-Lieferanten verringert werden.
- 65 2. **Nachhaltigkeit,** d.h. Umstellung auf Energieträger, die unbegrenzt verfügbar und umweltverträglich sind,

d.h. die insbesondere dazu beitragen, die CO₂-Emissionen zu mindern, aber auch die Emission anderer Schadstoffe (z.B. SO_x, CH₄ und NO_x).

Sicherstellung der Versorgung mit Energie

Zweifellos kann eine Energiepolitik, die sich auf Erneuerbare Energien (EE) stützt, all den genannten Zielen gerecht werden.

Die Potentiale der Stromerzeugung aus Photovoltaik, aus Windenergie, aus Geothermie, aus Gezeiten, aus Wasserkraft und aus Biomasse sind so gewaltig, dass bei entsprechender Nutzung nicht nur ein Vielfaches des benötigten Stroms, sondern sogar ein Mehrfaches des Energiebedarfs der Welt produziert werden kann. Ebenso verhält es sich bei der Wärmegewinnung aus EE. Auch im Verkehr gewinnen z.B. Biodiesel sowie Bioethanol und Elektro-Autos an Bedeutung.

Eine wesentliche „Energiequelle“ liegt im Energiesparen und der Steigerung der Energieeffizienz. Vor allem können diese Energie-Sparmaßnahmen weitgehend kurzfristig umgesetzt werden.

Preisgünstige Energiebereitstellung durch Erneuerbare Energien

Die Stromversorgung aus EE ist selbst unter konservativen Annahmen mittelfristig zu wettbewerbs-fähigen Kosten möglich. Bei der Wärmegewinnung sind EE schon jetzt konkurrenzfähig gegenüber herkömmlichen Primärenergieträgern, z.B. amortisieren sich selbst in Deutschland Solarkollektoren-Anlagen auf den Dächern in wenigen Jahren. Im Unterschied zur Energie aus konventionellen Energieträgern kann Energie aus Erneuerbaren Energien künftig zu sozial verträglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Renaissance der Atomkraft ?

Die Atomlobby in Deutschland sieht aus Anlass der Klimadiskussion ihre Chance gekommen, eine „Renaissance der Atomkraft“ zu erreichen. CDU, CSU und FDP sind harte Verfechter der Atomkraft. Atomkraftwerke sind jedoch nicht sicher, sie können (s. Iran) dem Bau von Atomwaffen Vorschub leisten, die Gewinnung des Brennstoffs ist auf noch ca. 30 Jahre begrenzt und umweltschädlich, die Entsorgung ist nicht geklärt und Atomstrom ist, wenn alle Kosten berücksichtigt werden, auch nicht günstig. Leider arbeiten die Energiekonzerne auf die Situation hin, dass ein Strom-Engpass entsteht, der uns dazu zwingen soll, den Atomausstieg rückgängig zu machen. Dem muss entgegen gewirkt werden.

Antrag 14

Antragsteller: OV Dreisamtal
Änderungsantrag 2 von Peter Conradi, Peter Friedrich, Dr. Hermann Scheer
Empfänger: Landesparteitag, Landtagsfraktion,
Bundesparteitag, Bundestagsfraktion
Betreff: Der Börsengang der Deutschen Bahn muss verhindert werden

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Baden-Württemberg bringt für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl folgenden Antrag ein:

1. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG

Die Eisenbahn ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus ökologischen (Umwelt und Klimaschutz), aus ökonomischen (steigende Energiepreise) und aus sozialen Gründen (Mobilität für alle und Sicherung der Arbeitsplätze) muss der Anteil der Deutschen Bahn (DB AG) am Personen- und Güterverkehr in den Ballungsräumen und in der Fläche deutlich erhöht werden. Deshalb muss die DB AG ein wichtiges bundeseigenes Instrument der Klima-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik Deutschlands bleiben. Die DB AG und ihre Töchterunternehmen des Schienenpersonenverkehrs und der Eisenbahninfrastruktur müssen zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes verbleiben, um die politische Gestaltungsmöglichkeit und die demokratische Verantwortlichkeit des Staates vollumfänglich sicherstellen zu können.

2. Die Ziele der Bahnreform

?? Die DB AG soll alle Mittelstädte stündlich/alle Grosstädte halbstündlich mit IC/ICE-Zügen bedienen und die Reisezeiten durch integrierte Taktfahrpläne verkürzen.

?? Die DB AG braucht ein transparentes, attraktives Preissystem, das die Bahnpreise mit der Benutzung anderer Verkehrsangebote verbindet.

?? Die DB AG muss ihren Anteil am Güterverkehr weiter steigern, zum Beispiel durch mit anderen Verkehrsunternehmen kombinierte Transportangebote, auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr und

1 durch eine Wiederbelebung des regionalen Güterverkehrs.

2
3 ?? Die DB AG muss ihre Politik der Streckenstilllegungen und Bahnhofsschließungen beenden. Die
4 Ausdünnung des Bahnverkehrs in der Fläche und die Konzentration auf schnelle Fernverkehrsstrecken
5 widersprechen unseren Zielen der Bahnreform.

6 7 **3. Die Organisationsform der DB AG**

8
9 ?? Die Organisationsform der DB AG muss in erster Linie einer optimalen Wahrnehmung der
10 Kernaufgabe der DB AG als Erbringerin von schienengebundenen Nah- und Fernverkehrsleistungen in
11 Deutschland gerecht werden. Der Bund muss durch einen integrierten Konzern in 100prozentigem
12 Bundesbesitz die Sicherstellung eines breiten, flächendeckenden schienengebundenen Personennah- und -
13 fernverkehrs als Kernaufgabe der Bahn vollumfänglich gewährleisten.

14
15 ?? Der Bund muss über vollständige Informations-, Durchsetzungs- und Kontrollrechte gegenüber der
16 DB AG hinsichtlich des Zustands und der Entwicklungsperspektiven der Infrastruktur mit abgestuften
17 Sanktionsmöglichkeiten verfügen.

18
19 ?? Die Vorstände und Aufsichtsräte der DB AG und ihrer Tochterunternehmen müssen personell und
20 institutionell so besetzt werden, dass das Wohl der Allgemeinheit – die Interessen der Fahrgäste, des
21 Güterverkehrs und der Umwelt – Maßstab für die Unternehmensführung sind. Der Bund besetzt alle
22 Aufsichtsratsmandate, die ihm als alleiniger Kapitaleigner zustehen.

23
24 ?? Die Unabhängigkeit und die Aufsichts- und Kontrollpflichten und -rechte des Eisenbahnbundesamts
25 (EBA) müssen gestärkt werden, auch im Hinblick auf die Sicherheit des Bahnverkehrs.

26
27 ?? Die Bundesregierung soll durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) sicherstellen, dass andere Anbieter
28 von Verkehrsleistungen im Personen- und Güterverkehr nicht diskriminiert werden,

29 30 **4. Die Finanzierung der Bahnreform**

31
32 ?? Die Verschuldung der DB AG muss durch den Verkauf ihrer Anteile an bahnfremden
33 Tochterunternehmen und ausländischen Bahnunternehmen abgebaut werden. Nicht alle Glieder der
34 Mobilitätskette muss die DB AG selbst vorhalten. Die DB AG soll nicht ausländische und bahnfremde
35 Verkehrsunternehmen erwerben und beherrschen, sondern mit anderen Verkehrsunternehmen gemeinsame
36 Angebote im Güter- und Personenverkehr machen.

37
38 ?? Falls die Erlöse aus dem Verkauf von Tochterunternehmen und die für die Bahn vorgesehenen
39 Bundesmittel nicht ausreichen, die oben genannten Ziele zu erreichen, sollen die erforderlichen Mittel durch
40 eine Bahnanleihe des Bundes über die Bundesfinanzagentur GmbH zu marktgerechten Zinsen ergänzt
41 werden.

42 43 **Begründung**

44 - Grundgesetz

45
46 "Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim
47 Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten
48 Rechnung getragen wird." (GG Art 87e Abs 4)

49
50 - SPD-Grundsatzprogramm 2007

51
52 In einer teilprivatisierten DB AG haben die Renditeerwartungen der Investoren Vorrang vor dem Wohl der
53 Allgemeinheit. Deshalb haben wir im Hamburger SPD-Grundsatzprogramm (S.32) beschlossen:
54 "Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte
55 aussetzen."

56
57 - Bundestag und Bundesregierung, DB-Vorstand und -Aufsichtsrat

58
59 Bundestag und Bundesregierung nehmen ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber der
60 bundeseigenen DB AG bisher nicht ausreichend wahr. Vorstand und Aufsichtsrat der DB AG verhalten sich
61 so, als gehöre die DB AG ihnen, nicht dem Bund.

62
63 - DB-Fahrpreise

64
65 Die DB AG hat die Fahrpreise im Personenverkehr seit 2004 um rd. 22 Prozent erhöht mit dem Ziel, ihre
66
67

1 Bilanz für einen Börsengang zu verbessern. Im gleichen Zeitraum betrug die addierte Inflationsrate elf
2 Prozent. Wir wollen dagegen eine Preispolitik, die die Verlagerung von Strassen- und Luftverkehr auf die
3 Schiene fördert.

4
5 - Teilverkauf nach dem "Holding-Modell"

6
7 Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundesminister und die SPD-Bundestagsfraktion haben 2008 eine
8 Teilprivatisierung der DB AG ("Holding-Modell") beschlossen, die den Forderungen des Hamburger SPD-
9 Parteitags 2007 in keiner Weise entsprach. Das hat viele Mitglieder und WählerInnen der SPD enttäuscht
10 und verärgert. Damit sich solches nicht wiederholt, soll der SPD-Parteitag einen eindeutigen, die SPD-
11 Führung und -Bundestagsfraktion verpflichtenden Beschluss für das SPD-Wahlprogramm zur
12 Bundestagswahl 2009 fassen.

13
14 - Aussetzung des geplanten Börsengangs

15
16 Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung angesichts der Krise der Finanzmärkte und der drohenden
17 Weltwirtschaftskrise die geplante Teilprivatisierung der DB AG vorerst abgesagt hat. Damit ist die Gefahr
18 erneuter Vorstöße zur Teilprivatisierung der DB AG nach der Bundestagswahl jedoch nicht ausgeräumt. Der
19 Klimawandel und die Verknappung der fossilen Energieressourcen erfordern jetzt eine gründliche Reform der
20 bundeseigenen DB AG. Dazu gehören klare Zielvorgaben von Bundestag und Bundesregierung.

21
22 - Finanzierung der Bahnreform durch Anleihen statt durch Teilverkauf der DB AG

23
24 Wenn wir es mit den Aufgaben der DB AG und den Zielen der Bahnreform ernst meinen, muss die DB AG im
25 Eigentum und Besitz des Bundes bleiben. Deshalb sollen die für die Bahnreform erforderlichen Mittel nicht
26 durch Teilverkäufe der DB AG, sondern durch Verkäufe bahnfremder und ausländischer Tochterunternehmen
27 der DB AG und mit öffentlichen Anleihen finanziert werden. Statt weiter auf einen Börsengang (nach Ende der
28 Wirtschaftskrise?) zu hoffen, sollte die Bundesregierung auch aus konjunkturpolitischen Gründen jetzt eine
29 Bahnanleihe auflegen und damit die notwendigen Investitionen der DB AG auf den Weg bringen.

30
31

32

33

34 **Antrag 18**
35 **Antragsteller:** AGS Baden-Württemberg
36 **Empfänger:** Bundestagsfraktion
37 **Betreff:** Finanzmarktsicherungsgesetz

38 **Der Landesparteitag hat an den nächsten Landesparteitag überwiesen:**

39

40 Die SPD-Bundestagsfraktion wolle beschließen:

41

42 Die Bundesregierung möge das Finanzmarktsicherungsgesetz dahingehend erweitern, dass

43

44 ?? Klein- und mittelständische Betriebe bei der Vergabe von Krediten durch ihre Hausbank weiterhin mit
45 derselben Bonitätseinstufung beurteilt werden, wie dies vor dem Zusammenbruch namhafter
46 amerikanischer Banken im September und Oktober 2008 der Fall war,

47

48 ?? eine Neubewertung der mit der Vergabe oder Aufrechterhaltung von Krediten verbundenen Risiken nur
49 aufgrund von im Bereich des Kreditnehmers liegenden Veränderungen (z.B. Veränderungen von Umsatz-
50 und Kostenstrukturen) erfolgt. Dabei können positive Entwicklungen negative kompensieren.

51

52 ?? Kreditinstitute, die selbst unter Hinweis auf die Finanzmarktkrise Anträge nach dem
53 Finanzmarktsicherungsgesetz auf Gewährung staatlicher Garantien gestellt haben, sind verpflichtet,
54 Kredite im gleichen Umfang an Unternehmen in Deutschland zur Verfügung zu stellen, wie dies vor
55 Inanspruchnahme dieser Mittel der Fall war.

56

57 **Begründung:**

58

59 Den Kreditinstituten wurde durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Oktober 2008 in
60 erheblichem Umfang durch den sog. Schutzschirm, das sind staatliche Garantien für den Fall von
61 Zahlungsschwierigkeiten geholfen.

62

63 Vereinzelt ist bereits zu beobachten, dass die Institute zurückhaltender mit der Vergabe von Krediten an
64 andere Unternehmen werden. Hierdurch könnten bei diesen ähnliche Situationen wie jene, die zur Einführung
65 des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes geführt haben, entstehen. Liquiditätsprobleme,

66

67

1 Zahlungsschwierigkeiten und möglicherweise Zahlungsunfähigkeit sowie die Überschuldung der Grossbanken
2 standen im Raum und hätten zum Zusammenbruch unserer Zahlungssysteme führen können. Diese Risiken
3 lassen sich durch das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nunmehr weitgehend eindämmen.

4
5 Mit Ausnahme der geänderten Regelung über die Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung gelten solche
6 Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen nicht. Vielmehr steht zu befürchten, dass Kreditinstitute
7 – trotz der ihnen zuteil gewordenen Hilfen – nunmehr mit der Kreditvergabe zurückhaltender werden könnten,
8 um Risiken zu vermeiden.

9
10 Hierdurch könnte – auf Kosten der Kreditnehmer – das typische Risiko einer Bank bei der Kreditvergabe
11 minimiert werden. Die Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses auf Seiten des Instituts wäre dort die
12 positive Folge.

13
14 Das Unternehmen dagegen, das auf den Kredit aber dringend angewiesen ist, hätte das Nachsehen. Die
15 Beschaffung von Kredit und damit die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit würde es vor beachtliche
16 Schwierigkeiten stellen. Oft sind Kredite bei Nichtverlängerung oder bei Kündigung durch die Hausbank bei
17 anderen Instituten nicht zu erlangen. Zahlungsunfähigkeit würde in solchen Fällen zur Insolvenz führen.

18
19 In Klein- und mittelständischen Unternehmen wird der größte Teil der Arbeitnehmer in Deutschland
20 beschäftigt. Die dort bestehenden Arbeitsplätze wären bedroht, käme es bei ihnen zu Kreditengpässen.
21 Insolvenzen und durch Kostendruck ausgelöste Entlassungen in großem Umfang wären zu befürchten.

22
23 Das kann nicht gewollt sein. Die staatliche Verantwortung für unsere Wirtschaft und deren Unternehmen
24 kann nicht ausschließlich Großbanken, die in den zurückliegenden Jahren zu Lasten ihres Eigenkapitals
25 erhebliche Gewinne an ihre Anteilseigner ausgeschüttet haben, gelten. Auch die mittelständische Wirtschaft
26 sowie Kleinunternehmen und die in diesen Beschäftigten müssen davor geschützt werden, in Schwierigkeiten
27 zu geraten.

28
29 Die Verpflichtung des Staates ist es auch deren Erhalt zu gewährleisten. Er darf es nicht der Bilanzpolitik der
30 gerade geschützten Großbanken überlassen, ob sie im Einzelfall einem Unternehmen weiterhin Kredit
31 einräumen möchten oder nicht.

32
33 Vielmehr sind den Instituten Vorgaben zu machen, die gewährleisten, dass sich die Beurteilung der
34 Kreditwürdigkeit der gewerblichen und mittelständischen Kunden nicht zu Kreditkündigungen,
35 Nichtverlängerung von Krediten und damit zu erheblichen Liquiditätsproblemen bei diesen führt.

36
37 Wer staatliche Hilfe durch die Inanspruchnahme von Garantien des Gemeinwesens in Anspruch nehmen darf,
38 um weiter liquide zu bleiben, ist seinerseits ebenfalls verpflichtet, seinen Beitrag bei der Finanzierung der
39 Wirtschaft und ihrer Unternehmen in unserem Land zu leisten.

40

41

42 **Antrag 19**

43 **Antragsteller:** Landesvorstand

44 **Empfänger:** Landesparteitag

45 **Betreff:** Sozialcharta

46

47 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**

48

49 Der Parteitag begrüßt die auf Einladung des SPD-Landesverbandes mit Arbeiterwohlfahrt Baden-
50 Württemberg (AWO), Arbeiter-Samariter-Bund Baden Württemberg (ASB), BUND Baden-Württemberg,
51 Betriebsseelsorge-Diözese Rottenburg-Stuttgart Caritas, der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg,
52 Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Diakonisches Werk Württemberg, Gewerkschaft Erziehung und
53 Wissenschaft (GEW), Koordinierungsrat der Muslime, Naturfreunde Württemberg, Pro Familia LV Baden-
54 Württemberg, VdK Baden-Württemberg, ver.di Landesbezirk gemeinsam erarbeiteten Charta für sozialen
55 Zusammenhalt und Daseinsvorsorge Baden-Württemberg und bekräftigt den formulierten Konsens:

56

57 Wir stehen heute also vor der Herausforderung, den Sozialstaat so zu gestalten, dass er seinen
58 grundsätzlichen Aufgaben unter den veränderten Bedingungen gerecht werden kann und die
59 Verteilungsfragen beantwortet. Der Sozialstaat, wie wir ihn verstehen

60 ?? umfasst Maßnahmen, die Armut vermeiden und Ausgrenzung verhindern,

61 ?? garantiert eine allen zugängliche soziale Infrastruktur,

62 ?? ermöglicht in einem offenen Bildungssystem Chancengleichheit und individuelle Förderung aller jungen
63 Menschen,

64 ?? gewährleistet soziale Grundrechte für alle und

65 ?? unterstützt das Engagement und die Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger.

66

67

1
2 Der Sozialstaat ist der Garant für ein Leben in Würde und Freiheit – auch und insbesondere dann, wenn
3 Einzelne sich nicht mehr selbst helfen können. Er stärkt und aktiviert ebenso das Engagement der
4 Bürgerinnen und Bürger.

5
6 Leider sind Gerechtigkeit und Solidarität nicht mehr selbstverständliche und unangefochtene
7 Orientierungswerte. **Deshalb treten wir** für einen handlungsfähigen und modernen Sozialstaat ein, der
8 Ausdruck der wechselseitigen Solidarität seiner Bürgerinnen und Bürger ist. Wir tun dies in der
9 Überzeugung, dass die Demokratie eine soziale Grundlegung braucht. Der Sozialstaat ist ohne Demokratie
10 ebenso wenig lebensfähig, wie unsere demokratische Gesellschaftsordnung ohne den Sozialstaat.

11 **Grundlagen des Sozialstaates: Solidarität und Gerechtigkeit**

12 Soziale Sicherheit ist ein wesentliches Fundament für die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger in einer
13 demokratischen Gesellschaft. Sie schafft die notwendigen materiellen Voraussetzungen für die Zukunfts- und
14 Lebenschancen aller.

15
16 In einer Demokratie sind alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig mit Rechten und Pflichten verbunden.
17 Diese solidarische Verbundenheit bedeutet für uns:

18 ?? Wir wollen eine Gesellschaft, die Bildung als Grundlage gleicher Lebenschancen für alle ermöglicht,
19 Arbeitslose und Arme materiell absichert, aber auch befähigt, ihre Notlagen eigenverantwortlich zu
20 überwinden, Kranke sich auf die Solidarität der Gesunden verlassen können und am medizinischen
21 Fortschritt teilhaben, alle Bürgerinnen und Bürger zum gesundheitsbewussten Verhalten befähigt werden
22 und in Würde alt werden können.

23
24 ?? Wir wollen eine Gesellschaft, in dem neben dem Staat auch Unternehmen und wirtschaftlich Starke ihre
25 Verantwortung für den sozialen Ausgleich und die soziale Infrastruktur und damit für die Herstellung von
26 Gerechtigkeit übernehmen.

27 ?? Wir wollen eine Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität mit anderen ermutigt und sie
28 stärkt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sich und andere Verantwortung wahr zu nehmen. Demokratie,
29 Solidarität und Zukunftsfähigkeit kennzeichnen die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

30
31 *Demokratisch* heißt für uns, dass

32 ?? alle Bürgerinnen und Bürger ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft haben und niemand aus
33 ökonomischen, sozialen, geschlechtsspezifischen, religiösen oder kulturellen Gründen oder aufgrund
34 ethnischer Herkunft oder Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung ausgegrenzt wird,
35 ?? politische und soziale Rechte gehören untrennbar zusammen und müssen aktiv gelebt und eingefordert
36 werden.

37
38 *Solidarisch* heißt für uns, dass

39 ?? alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig nach ihrem Leistungsvermögen füreinander eintreten.

40
41 *Zukunftsfähig* heißt für uns, dass

42 ?? soziale Sicherheit und allen gleichermaßen zugängliche Bildung Investitionen in eine gerechte und
43 wirtschaftlich starke Gesellschaft sind – und somit ein echter Standortvorteil.

44 **Grundsätze sozialstaatlicher Erneuerung**

45 Ein zukunftsfähiges und modernes Baden-Württemberg braucht einen leistungsfähigen und effizienten
46 Sozialstaat. Der Wohlstand unseres Landes zeigt sich auch an der sozialen Sicherheit seiner Bürgerinnen
47 und Bürger. Soziale Sicherheit macht nicht arm, sondern ist eine der Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg.
48 Sie schafft sozialen Frieden und erhöht die Bereitschaft der Menschen, Veränderungen zu akzeptieren und
49 mit zu gestalten. Der Sozialsektor ist selber ein wichtiger Wirtschaftszweig, der Arbeit bietet, Innovationen
50 schafft und zum Wohlstand unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Die Bezahlung der
51 im sozialen Dienst am Menschen tätigen entspricht heute nicht der gesellschaftlichen Leistung, die sie
52 erbringen. Deshalb stellt sich die Aufgabe, die Lebensbedingungen der Menschen dadurch zu sichern und zu
53 verbessern, dass der Staat wirtschaftliche Freiheiten mit sozialem Ausgleich, sozialer Absicherung, Existenz
54 sicherndem Einkommen und dem nachhaltigen Schutz der Umwelt verbindet.

55 **Perspektiven für eine moderne Sozialpolitik in Baden-Württemberg**

56
57 Wir setzen uns dafür ein,

58 ?? soziale Rechte und Partizipation zu sichern,
59 ?? die soziale Infrastruktur weiter zu entwickeln und
60 ?? das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

61
62 Das heißt für uns,

63 ?? die Sozialpolitik so auszugestalten, dass die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Baden-
64 Württemberg gewährleistet wird,

- 1 ?? Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, in eigener Kompetenz ihre Belange selbst bestimmt und selbst
2 verantwortlich zu vertreten und zu gestalten,
3 ?? Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu stärken und so die Solidarität in der
4 Gesellschaft zu festigen,
5 ?? dafür Sorge zu tragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit und ohne Arbeit in Würde
6 leben können,
7 ?? Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Unversehrtheit, materielle Versorgung, Erziehung und
8 Bildung. Das Land Baden-Württemberg hat auf eine Verankerung dieser in der UN-Kinderrechtskonvention
9 enthaltenen Rechte im Grundgesetz als eigenständige Grundrechte von Kindern und Jugendlichen
10 hinzuwirken.
11 ?? durch gezielte Politik Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern,
12 ?? eine notwendige und bedarfsgerechte gesundheitliche und pflegerische Versorgung für alle
13 sicherzustellen,
14 ?? die Wohnung als existentielle Säule für jede Bürgerin und jeden Bürger zu sichern, indem bspw. eine
15 neue Initiative im sozialen Mietwohnungsbau gestartet wird oder flächendeckende Mietspiegel eingeführt
16 werden
17 ?? die Inklusion von Menschen mit Behinderung zu fördern mit bedarfsgerechten Regelungen im
18 Landesbehindertengleichstellungsgesetzes, durch ein Investitionsprogrammen zur Verbesserung der
19 Barrierefreiheit sowie durch die Stärkung der Eingliederungshilfe
20 ?? benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders zu fördern durch einen verlässlichen Kinderschutz
21 (Ausbau und Qualifizierung vorhandener Angebote), durch eine ständige Armutskonferenz sowie durch ein
22 ganzheitliches integratives Konzept von Bildung, Betreuung und Erziehung.
23 ?? für eine Steuerpolitik einzutreten, die jeden nach seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der
24 Gemeinschaftsaufgaben beteiligt;
25 ?? Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie mit gemeinwohlorientierten und familienbezogenen
26 Tätigkeiten vereinbar ist,
27 ?? allen Bürgerinnen und Bürgern gleichen Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen zu
28 ermöglichen,
29 ?? dass Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen Wahlfreiheit haben.
30
31 Die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu mehr gegenseitiger Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und
32 bürgerschaftlichem Engagement sichert und erweitert das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft.
33 Auf dem Fundament eines handlungsfähigen und leistungsstarken Sozialstaates kann Baden-Württemberg
34 die zukünftigen Herausforderungen meistern. Unser Sozialstaat ist auf die Zustimmung und das Engagement
35 seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen.
36
-

37
38 **Antrag 20**

39 **Antragsteller: ASG Baden-Württemberg**

40 **Empfänger: Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion**

41 **Betreff: Für eine solidarisch-sozialdemokratische Gesundheitssystem**

42
43 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**

44 Qualität und Kosten des Gesundheitswesens beeinflussen mit rund 4,3 Mio. Arbeitnehmern und
45 Selbständigen sowie Gesamtausgaben in einer Größenordnung des Bundeshaushaltes, erheblich die
46 Rahmenbedingungen der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

47 Die Gesundheit des einzelnen Bürgers wird aber mindestens genauso durch seine Arbeitsbedingungen,
48 seine Bildung, seine Wohnverhältnisse, seine Ernährung und die Qualität seiner Umwelt beeinflusst.
49 Sozialdemokratische Gesundheitspolitik darf sich daher nicht nur auf Krankenversicherungspolitik
50 beschränken. Sie versteht sich deshalb als Querschnittspolitik: sie umfasst die notwendige medizinische
51 Vollversorgung im Krankheitsfall und deren solidarische und paritätische Finanzierung durch alle Wohnbürger
52 und Arbeitgeber, dazu gehören nicht krankmachende, sondern menschenwürdige Arbeitsbedingungen mit
53 leistungsgerechter und Existenz sichernder Bezahlung, gute und bezahlbare Wohnungen, eine gesunde
54 Umwelt, ausreichende und gesunde Ernährung vom Kindesalter an, Schutzimpfungen zur Verhinderung von
55 Krankheiten und die Einführung eines geriatrischen Assessments, um es unseren Seniorinnen und Senioren
56 zu ermöglichen, möglichst lange und selbstbestimmt in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung leben zu
57 können. Das zusammen sind entscheidende politische Handlungsfelder zur Verringerung oder gar
58 Vermeidung verhältnisbedingter Krankheitsursachen.
59

60 Die SPD Baden-Württemberg fordert zur Erreichung dieser Ziele daher einen Wandel unter folgenden Thesen:

- 61 1. Ziel glaubwürdiger Gesundheitspolitik ist die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit aller Bürger.
62 Dies erreicht ein moderner Staat, in dem er entsprechende Gesundheitsziele auf allen staatlichen Ebenen
63 formuliert. Die Definition von Gesundheitszielen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss
64 unabhängig von einzelwirtschaftlichen Interessen erfolgen. Erstes und vorrangiges Ziel staatlicher
65 Gesundheitspolitik muss daher der barrierefreie Zugang für alle Wohnbürger und zwar unabhängig von der
66
67

- 1 „Höhe des Geldbeutels des Einzelnen“ zur medizinisch notwendigen Versorgung mit vollem Einschluss der
2 menschlichen Zuwendung und des medizinischen Fortschritts sein.
3
- 4 2. Eine unabhängige regionale und überregionale Gesundheitsberichterstattung muss eine qualifizierte
5 regionale, unter politisch-parlamentarischer Kontrolle stehende, Versorgungsplanung ermöglichen. Pflege,
6 hausärztliche Versorgung sowie hochspezialisierte ambulante und stationäre Betreuung müssen
7 gleichberechtigt, aber gestaffelt, an der Versorgung beteiligt sein. Dazu gehört, dass Bund, Länder und
8 Kommunen ihrem verfassungsmäßigem Sicherstellungsauftrag für die Gesundheitsfürsorge durch direktes
9 Engagement nachkommen. D.h., dass auch in den Nicht-Ballungsräumen und im ländlichen Raum die
10 Basisversorgung durch Hausärzte und öffentliche Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung
11 flächendeckend zu sichern ist. Hierzu sind für die ambulante ärztliche Versorgung die Gebiete kleinräumiger
12 auszuweisen. Kommt die jeweilige Kassenärztliche Vereinigung (KV) ihrem Sicherstellungsauftrag nicht
13 nach, geht dieser unmittelbar auf die GKV über. Eine versichertenennahe Versorgung ist unabdingbar für eine
14 älter werdende Gesellschaft, wenn gleichzeitig den Erwerbstätigen immer mehr Mobilität und Flexibilität bei
15 Aufgabe gewachsener Bindungen abverlangt werden.
16
- 17 3. Wettbewerb um Gesundheitsgüter, für die der Einzelne – sobald er erkrankt ist – keine echte Präferenz
18 bilden kann, ist nur eingeschränkt möglich. Dort wo er erlaubt wird, muss er im Rahmen einer strikten
19 Wettbewerbsordnung stattfinden. Monopole und exzessive Gewinne zu Lasten der Versichertengemeinschaft
20 oder des einzelnen Kranken müssen verhindert werden:
- 21 ?? Krankenhaus-Hierarchien müssen zu Gunsten funktions- und qualitätsdefinierter Teamarbeit abgelöst
22 werden. Medizinische Fachkräfte sind von fachfremder Bürokratie, Organisationsarbeit und Überstunden
23 zu entlasten und entsprechend ihrer Qualifikation zu bezahlen.
- 24 ?? Die Politik - Bundestag und Bundesregierung – sind in der Verpflichtung, industrieunabhängige
25 Forschungsziele zu bestimmen, sie festzulegen und dann auch (teil-) zu finanzieren, wo
26 gesundheitspolitischer Bedarf besteht, wenn die Industrie dem nicht nachkommt, weil es sich um
27 seltene Erkrankungen und geringe Patientenzahlen handelt und damit bspw. bei Arzneimitteln keine
28 großen Umsätze (Blockbuster) zu erwarten sind. Bei diesem Prozess kommt der Versorgungsforschung
29 eine herausgehobene Stellung zu, um zu einer fundierten Ist-Soll-Analyse zu gelangen.
- 30 ?? Die Preisgestaltung der pharmazeutischen Industrie und der Arzneimitteldistribution muss neu reguliert
31 werden (Beispiel Lucentis). Die SPD Baden-Württemberg fordert als weiteren Schritt zur Verbesserung
32 der Effizienz und Effektivität der durch das GKV-WSG eingeführten Kosten-Nutzen-Bewertung des
33 IQWiG die Weiterentwicklung zur vierten Hürde bei der Arzneimittelerstattung: alle neu zugelassenen
34 Medikamente bekommen nur eine vorläufige Erstattungsfähigkeit. Die endgültige Höhe der
35 Erstattungsfähigkeit hängt vom Nachweis des tatsächlichen Arzneimittel-Mehrnutzens gegenüber den
36 bisherigen gesicherten Arzneimitteln ab.
- 37 ?? Die Versandapotheken sind gleichberechtigt neben den Offizin-Apotheken zur Versorgung der
38 Bürgerinnen und Bürger mit Medikamenten zuzulassen.
- 39 ?? Die Honorarsysteme im ambulanten/stationären Sektor müssen nachhaltige Anreize für eine Versorgung
40 der Patientenprobleme auf der jeweils angemessenen Stufe der Versorgung bieten, insbesondere die
41 Honorierung von Pflege und hausärztlicher Versorgung sollten für eine möglichst umfassende Betreuung
42 der Patienten auf dieser Versorgungsstufe Anreize geben.
- 43 ?? Für den stationären Bereich fordern wir eine zweijährige Überprüfung der Entgelte (Fallpauschalen) mit
44 Hilfe eines analytischen Personalbemessungsverfahrens, dem der tatsächliche Bedarf an medizinisch-
45 pflegerischen Leistungen zugrunde liegt, durch das InEK-Institut G-DRG System.
- 46 ?? Die mit dem GMG neu eingeführte Regelung des befundsorientierten Zahnersatzes ist mit der
47 Zielsetzung zu überprüfen, dass der Eigenanteil der Versicherten wieder auf die Höhe vor dem GMG
48 zurückgeführt wird.
49
- 50 4. Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung der
51 Krankenhausinvestitionen nachzukommen und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Nur
52 damit ist der schleichende Ausstieg aus der Länder-Krankenhausfinanzierung zu stoppen und der Trend
53 umzukehren. So sank die Investitionsquote für die öffentliche Krankenhausfinanzierung seit Inkrafttreten des
54 KH-Finanzierungsgesetzes im Jahre 1972 von rd. 25 Prozent auf rd. 5 Prozent, mit der Folge, dass 2006 die
55 gesetzlichen Krankenkassen mit rd. 50 Mrd. Euro die Krankenhäuser finanzierten, während die Länder nur
56 noch rd. 2,7 Mrd. Euro zahlten.
57
- 58 5. Heilmittel wie Ergotherapie, Krankengymnastik, Massagen, Logopädie sind unverzichtbare Therapien und
59 stehen sowohl in der Rehabilitation als auch in der Akutbehandlung hinter keiner Therapieform zurück.
60 Voraussetzung ist die richtige Indikation und qualifizierte Ausbildung.
61 Die SPD Baden-Württemberg fordert:
- 62 ?? wissenschaftliche Sicherung der Methoden durch Untersuchungen zu Wirksamkeit und Nutzen der
63 angewandten Heilmittel,
64 ?? Verpflichtung der Ärzte zur Fortbildung in differenzierten Erkenntnissen in der Heilmitteltherapie und
65 Verordnung,
66
67

1 ?? Aufnahme der Heilmittelversorgung in die Gesundheitsberichterstattung.

2

3 6. Die SPD Baden-Württemberg fordert weiterhin eine klare Entscheidung für eine Krankenversicherungs-
4 Finanzreform im Sinne einer Bürgerversicherung. Dies hat sowohl der Bochumer-Bundesparteitag im
5 November 2003 beschlossen als auch der Hamburger Parteitag mit dem Neuen Grundsatzprogramm. Ziel ist
6 die nachhaltige, sozial gerechtere Anpassung der finanziellen Ressourcen an den tatsächlichen Bedarf eines
7 modernen Gesundheitswesens.

8

9 7. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine ersatzlose Streichung der mit GKV-WSG eingeführten
10 Regelung, wonach der Gesundheitsfonds nur im Startjahr 2009 eine 100-prozentige Ausgabendeckung der
11 GKV zu gewährleisten hat und die Bundesregierung lediglich dazu verpflichtet, erst dann in eine Prüfung zur
12 Anpassung des Beitragssatzes einzutreten, wenn der Fonds zwei Jahre hintereinander nur noch 95 Prozent
13 der Ausgaben finanziert. Die Folge dieser Gesetzesbestimmung bedeutet, dass eine finanzielle
14 Unterdeckung in Milliardenhöhe entsteht, die allein die Versicherten durch den Zusatzbeitrag zu finanzieren
15 haben. Diesen Zusatzbeitrag lehnen wir ab, ebenso wie Selbstbehalte für den Katalog der Gesetzlichen
16 Aufgaben. Dies sind Fremdkörper einer sozialen Krankenversicherung. Stattdessen fordert die ASG, dass die
17 Bundesregierung in eine jährliche Überprüfung des notwendigen Einheitsbeitragssatzes und
18 Steuerzuschusses einzutreten hat mit der Verpflichtung, diesen in der Höhe festzusetzen, dass der Fonds
19 100 Prozent der GKV-Ausgaben finanziert und die Versicherten durch keinen weiteren Zusatzbeitrag belastet
20 werden.

21

22 8. Der Versicherungsschutz für jeden und der Finanzausgleich nach Krankheitsrisiken sind wichtige
23 Schritten auf dem Weg zur Bürgerversicherung, für die wir weiterhin eintreten. Wir wollen unser
24 Gesundheitswesen gerechter finanzieren. Zuzahlungen, Praxisgebühren und Selbstbehalte sind
25 unsolidarische Finanzierungsarten, wenn sie keine Lenkungswirkung haben. Wir werden daher die Kasse
26 verpflichten, allen Versicherten ein Versorgungsmodell anzubieten, das von Selbstbeteiligungen freistellt.
27 Diese Befreiung kann an die Einhaltung einer hausarztzentrierten Versorgung mit Überweisungsgebot
28 gebunden sein. Gesundheitsschädliche Produkte und Konsumgewohnheiten werden wir versteuern, sei es
29 durch den Abbau von Subventionen oder gezielte Besteuerung. Dazu gehören insbesondere die
30 Gleichbesteuerung von Tabakfeinschnitt oder hochprozentigen Alkoholika. Die Einnahmen hieraus fließen in
31 das Gesundheitswesen.

32

33 **Begründung:**

34 Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“ - Grundsatzprogramm der sozialdemokratischen Partei
35 Deutschlands / Hamburger Parteitag 28.10.2007:

36

37 Vorsorgende sozialdemokratische Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden, Gesundheit erhalten und
38 Unterschiede an den Gesundheitschancen abbauen. Wir streben gesunde Lebensverhältnisse für alle
39 Menschen an und fördern gesundheitsbewusstes Verhalten. Wir fördern Gesundheitserziehung von Anfang
40 an und verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kindertagesstätten und Schulen. Jedes Kind hat ein
41 Recht darauf, gesund aufzuwachsen.

42

43 Zugleich müssen die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts dazu genutzt werden, Krankheiten zu
44 heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig zu versorgen. Kranke haben unabhängig von Herkunft, Alter
45 oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Wir
46 wollen keine Zweiklassenmedizin. Deshalb wollen wir die solidarische Bürgerversicherung, in die alle
47 Menschen einbezogen werden.

48

49 I. Ausgangssituation

50 1998 bis 2008 – Gesundheitspolitik unter sozialdemokratischer Führung – Zeit für eine Bilanz
51 Sozialdemokratische Gesundheitspolitik erfolgte seit 1998 unter der Vorgabe der Qualitätsverbesserung, der
52 Kostensenkung durch Produktivitätssteigerung und der Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven im
53 Gesundheitswesen.

54 Die Zielsetzung lautete:

55 ?? Gewährleistung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen, dem allgemeinen Stand der medizinischen
56 Erkenntnisse entsprechenden Versorgung der Versicherten (§ 70 SGB V)

57 ?? Rücknahme des unmittelbaren staatlich politischen Engagements mit folgerichtigem Abbau
58 vorherrschender Anbieterdominanz.

59 ?? Steigerung der Produktivität und der Qualität durch Verbesserung der Transparenz und Information der
60 Patienten.

61 ?? schichten- und bildungsunabhängiger Zugang für alle Versicherten zum Gesundheitssystem,

62 ?? Erhalt und Stärkung des Solidaritätsprinzips: „Gesund für Krank, Jung für Alt, Besserverdiener für sozial
63 Schwächere, Nichtbehinderte für Behinderte, Singles für Familien“.

64

65 II. Fazit nach 10 Jahren sozialdemokratisch geprägter Gesundheitspolitik

66

67

1 1. Qualität der Gesetzgebung

2 Die Gesetzgebung der vergangenen Jahre führte trotz sozialdemokratischer Federführung sowohl unter Rot-
3 Grün, als auch unter der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung zu Koalitions- und auch Bundesrats
4 geprägten - teilweise paradoxen – Ergebnissen. Der gesundheitspolitische Diskurs verkürzte sich vorwiegend
5 auf ökonomische Rahmendaten, vorwiegend auf die Beitragssatzhöhe als Lohnnebenkosten und
6 Versorgungsstrukturen, unter weitestgehender Ausklammerung der Diskussion um die bedarfsgerechte und
7 medizinisch notwendige Vollversorgung sowie die solidarisch gerechte Finanzierung des Systems.

8 Das verfassungsrechtliche Gebot der Sicherstellung der Vorsorge des Staates für die Gesundheit seiner
9 Bürger blieb zwar erhalten. Bund, Länder und Kommunen verabschieden sich jedoch zusehends aus ihrer
10 unmittelbaren finanziellen Verantwortung für die Funktionsfähigkeit und damit für die Versorgung der Kranken.
11 Gleichzeitig

12 ?? nehmen staatliches Mitspracherecht, Regelungsintensität und Bürokratie drastisch zu,
13 ?? während die soziale Selbstverwaltung der GKV in ihrer Aufgabenstellung und Gestaltungshoheit durch
14 die künftige Festsetzung des Einheitsbeitragssatzes durch die Bundesregierung ihrer zentralen
15 Legitimation beraubt und damit auch in ihrer Handlungsfähigkeit drastisch eingeschränkt wird –
16 ?? wurden die paritätisch und solidarisch finanzierten Leistungen durch Ausgrenzung, höherer Zuzahlung
17 und eines zusätzlichen Sonderbeitrags einseitig zu Lasten der Versicherten/Patienten reduziert.
18 (BtDrcks. 15/1525 S.171: das GMG kürzte Leistungen für die Versicherten in einer finanziellen
19 Größenordnung von 17,5 Mrd. €/Jahr).

20
21 2. Qualität der Patientenversorgung

22 Die Versorgungsqualität sinkt, obwohl der medizinische Fortschritt, verbunden mit organisatorischen
23 Verbesserungen, eine bessere Betreuung vieler Krankheitsbilder ermöglicht:

24 ?? Die Behandlung vieler Krankheiten wie z. B. koronarer Herzkrankheit, Diabetes mellitus oder auch die
25 Versorgung mit Endoprothesen wurde in den letzten Jahren analog zur weltweiten medizinischen
26 Entwicklung deutlich verbessert. Andere Krankheitsbilder wie z.B. einzelne Krebskrankheiten werden
27 zwar früher erkannt, oft erfolgreich operiert, aber in ihrem Verlauf trotz enormer Kostensteigerung
28 innerhalb der letzten 10 Jahre nicht nachhaltig beeinflusst.

29 ?? Das Versorgungssystem ist für viele Patienten/Versicherte intransparent. Der Zugang zur
30 Krankenversorgung und zur Pflege wird für die einzelnen Bürger immer stärker abhängig von Bildung,
31 Informationsmöglichkeiten (Internet) und Einkommen. Unter dem Finanzdruck dünnen die
32 Krankenkassen ihr Geschäftsstellennetz in der Fläche immer weiter aus. Der Versicherte wird immer
33 längere Wege zu einem direkten Ansprechpartner zurücklegen müssen. Die direkte, wohnortnahe
34 Versichertenberatung weicht den Call-Centern. Vorwiegend nur noch gut informierte, gebildete Bürger
35 können eine an den derzeitigen Möglichkeiten gemessene, optimierte und bestmögliche Qualität der
36 Behandlung für sich und ihre Familien durchsetzen.

37 ?? Die regionalen Versorgungsstrukturen im Wettbewerb richten sich zunehmend nicht mehr nach objektiv
38 notwendiger Versorgungsnotwendigkeit, sondern nach möglichen Umsatzzahlen und Gewinnchancen.

39 ?? Dieser Trend wird im öffentlichen Krankenhaussektor noch dadurch verschärft, dass die Bundesländer
40 seit Jahren in immer geringerem Umfang ihrer Verpflichtung zur Finanzierung der notwendigen
41 Krankenhausinvestitionen nach kommen, mit der Folge, dass in immer größerem Umfang ein Teil der
42 Behandlungserlöse für notwendige Investitionen verwendet werden muss (schleichende Monistik).

43 ?? Diese Kombination aus Kostendruck und Wettbewerb sowie Umsatzerwartungen führt zu Personalabbau
44 vorwiegend bei Pflegekräften in Kliniken und Praxen und zu einer Verdünnung der ärztlichen Präsenz im
45 ländlichen Raum.

46 ?? Die Folge ist: Der Patient trifft im Versorgungssystem auf verunsicherte, von Hierarchie, Bürokratie,
47 Regelungswut und Überarbeitung gestresste medizinische Fachkräfte.

48 Das Vertrauen der Bürger in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens sinkt angesichts der oben
49 geschilderten Entwicklungen rapide.

50
51 3. Kostenentwicklung und Finanzierung

52 Der Anteil der Gesundheitsausgaben gemessen am BIP ist im internationalen Vergleich immer noch hoch:
53 Deutschland belegt mit 10,7 % der Gesundheitsausgaben am BIP 2005 weltweit hinter den USA, Schweiz
54 und Frankreich den vierten Platz (OECD Gesundheitsdaten 2007). D. h. Geld steht in ausreichendem Maß
55 zur Gesundheits-Versorgung zur Verfügung. Andererseits steigen angesichts einer fast ausschließlich
56 lohnzentrierten Finanzierung der GKV die Beiträge drastisch, da die Quote der Arbeitnehmerentgelte am
57 Volkseinkommen mit 64,7 % (2007) - eine Folge politisch beeinflusster geringer Tariflohnabschlüsse, der
58 Zunahme der Teilzeit bei gleichzeitigem Rückgang der Vollzeit, der Ausbreitung prekärer Beschäftigung
59 durch Ausweitung der Zeit- und Leiharbeit und des Niedriglohnsektor sowie von Ein- Euro-, Mini- und
60 Midijobs, der nach wie vor der hohen Arbeitslosigkeit - einen historischen Tiefstand erreicht hat.
61 Die Finanzsituation der GKV wird zusätzlich noch dadurch verschärft, dass für Arbeitslose keine adäquate
62 Beitragsfinanzierung erfolgt und dadurch eine Unterfinanzierung in einer geschätzten Größenordnung von ca.
63 6,5 Mrd. Euro/Jahr stattfindet.

64
65 Diese politisch zu verantwortenden Beitragssatzsteigerungen müssen dann wiederum als Begründung dafür
66
67

- 1 erhalten, dass:
2 ?? der Leistungskatalog immer weiter ausgedünnt wird, während gleichzeitig die Eigenbeteiligung der
3 Versicherten/Patienten steigt (bspw.: Wegfall der Erstattungsfähigkeit nicht verschreibungspflichtigen
4 Arzneimittel/OTCs und Sehhilfen; Ordnungsverhalten der Ärzte bei Medikamenten und Heilmittel;
5 höhere Zuzahlung bei Zahnersatz; volle Beiträge auf Betriebsrenten/Versorgungsbezüge, etc.);
6 ?? gleichzeitig haften die Versicherten/Beitragszahler weiterhin für Ausgaben gesamtgesellschaftlicher
7 Aufgaben (Familienpolitik) und für Kosten anderer Sozialleistungsträger bzw. des Staates
8 (ALG/Sozialhilfe) einschließlich der Folgekosten deutschen Einheit, von denen die Mitglieder der privaten
9 Versicherungssysteme (PKV) verschont werden;
10 ?? die implizite, von Patienten und Ärzten zu exekutierende Rationierung von Gesundheitsgütern zu nimmt,
11 während die exzessiven Gewinne einzelner Leistungsträger in einem immer stärker marktwirtschaftlich
12 ausgerichteten System nicht wirksam bekämpft, sondern durch die bestehenden Finanzierungs- und
13 Honorarsysteme im Wettbewerb teilweise noch gefördert werden.

14 III. Solidarprinzip

15 Aufgrund der nur historisch erklärbaren, gesellschafts- und gesundheitspolitisch jedoch nicht zu
16 rechtfertigenden parallelen Existenz von gesetzlicher und privater Vollversicherung durch eine antiquierte
17 Versicherungspflichtgrenze, die bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von der Höhe des
18 Arbeitsentgelts abhängig ist (2008: 48150 €/Jahr), sind nur 87 Prozent der Bevölkerung in einer der rd. 200
19 gesetzlichen Krankenkassen pflicht- oder freiwillig versichert. Besserverdienende, Selbständige, Freiberufler
20 und Beamte haben die Wahlfreiheit, ob sie sich freiwillig in einer der gesetzlichen Krankenkassen oder bei
21 einer privaten Krankenversicherung versichern bzw. nicht versichern. Durch diese politisch gewollte Trennung
22 verliert die GKV seit Jahren beständig junge, gesunde gut verdienende Versicherte (Risikoselektion) mit der
23 Folge eines Netto-Finanzkraftverlusts pro Jahr von jeweils 0,7 bis 0,9 Mrd. Euro. (Anmerkung: Durch das
24 GKV-WSG ist ein Wechsel nur noch dann möglich, wenn das Arbeitseinkommen drei Jahre hintereinander
25 die Versicherungspflichtgrenze übersteigt.)
26

27
28 Mit dieser, eines modernen-demokratischen, der sozialen Marktwirtschaft verpflichteten Staates, längst nicht
29 mehr zeitgemäßen, antiquierten Trennung wird nicht nur die solidarische Krankenversicherung geschwächt,
30 sondern auch der Grundsatz der gleichwertigen und bedarfsgerechten Versorgung in Frage gestellt:

- 31 ?? die GKV sichert weiterhin die Solidarität der Schwachen mit den Schwachen
32 ?? die PKV sichert weiterhin die Solidarität der Starken mit den Starken;
33 ?? die neuen Bonussysteme und Wahltarife erlauben es auch den Gesunden und Jungen, sich teilweise
34 aus der Solidarität zu verabschieden,
35 ?? der Ausschluss immer weiterer Bereiche aus dem Pflicht-Leistungskatalog des SGB V verbunden mit
36 der stetigen Erhöhung der Eigenbeteiligung der Patienten schwächt insgesamt die Solidarität der
37 Versicherten untereinander und damit die der Stärkeren mit den Schwächeren.

38 Damit stellt sich mittel- und langfristig die Akzeptanz dieses bewährten Solidarsystems.

39 IV. Wettbewerb und differenzierte Vertragssysteme

40 Der Wettbewerb im Gesundheitswesen findet ohne wirksame und solidarische Wettbewerbsordnung
41 innerhalb einer Fülle differenzierter Vertragssysteme fast ausschließlich zu Lasten der Patienten und der
42 Beschäftigten im Gesundheitswesen statt.

43 Dies führt bei den Krankenkassen:

- 44 ?? vorwiegend zu einem Wettbewerb um Gesunde oder um solche nur geringe Kosten/Ausgaben
45 verursachende Versicherte und bei den Leistungserbringern:
46 ?? zu einem Wettbewerb um möglichst niedere Risiken bei hoher Umsatz- und Gewinnerwartung;
47 ?? zu privatwirtschaftlichen Monopolen für fachärztliche stationäre und ambulante Leistungen mit der
48 Möglichkeit der Eigendefinition der Indikation, des Preises und der Qualität der erbrachten Leistung;
49 ?? zu Versorgungsstrukturen, die sich - ohne Möglichkeit der Beeinflussung durch die Krankenkassen -
50 nicht nach Notwendigkeit, sondern nach Gewinnerwartung entwickeln.
51 ?? Ein qualifiziertes Rückversicherungssystem zur Sicherung der Versorgerkassen ist (noch) nicht
52 ausformuliert. Diese Entwicklung bedroht
53 ?? die Existenz und Funktion der für die Patienten unmittelbar erreichbaren so genannten Versorgerkassen,
54 (d.h. denjenigen Kassen, die das Risiko der Versorgung alter und schwacher Patienten tragen) und
55 damit letztendlich die Versorgung der Patienten auf dem bisherigen Niveau.
56
57

58 Antrag 21

59 Antragsteller: Juso-Hochschulgruppe
60 Empfänger: Landesparteitag, Bundesparteitag
61 Betreff: Unvereinbarkeit von studentischen
62 Corporationen und sozialdemokratischen

Grundwerten

63
64
65 Der Landesparteitag möge beschließen:
66
67

1 Die Diskussion um studentische Corporationen an den Hochschulen ist immer noch lebendig und notwendig.
2 Die SPD wird weiterhin kritisch zur Rolle studentische Corporationen arbeiten und vor Ort über das
3 Gesellschaftsbild studentische 5 Corporationen aufklären. Die Prinzipien, denen Corporationen folgen sind
4 sehr unterschiedlich, folgen aber häufig folgenden Grundprinzipien:

5
6 **Eliteförderung und Seilschaften:**
7 Corporationen vertreten das Ziel ihre Mitglieder in hohe wirtschaftliche und gesellschaftliche Positionen zu
8 bringen und führen so zu einer Reproduktion gesellschaftliche Eliten. Ältere Verbindungsmitglieder, die in
9 hohe Positionen gelangt sind, sollen die ihnen Nachwachsenden protegieren und ebenfalls in höhere
10 Positionen hieven. Dies wird massiv dazu eingesetzt, um neue Mitglieder zu gewinnen und hat einen
11 maßgeblichen Anteil an der Attraktivität von Corporationen.
12 Diese Auffassung steht aber in eindeutiger Konkurrenz zu einer freien demokratischen Gesellschaft und einer
13 Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Diese Auffassung konterkariert jede Bestrebung einer
14 Demokratisierung der Gesellschaft.

15
16 **Ungleichbehandlung:**
17 Frauen oder Männer werden oft in Corporationen wegen ihres Geschlechts strukturell benachteiligt, oder die
18 Corporationen pflegen ein Frauenbild, welches unserem emanzipativen Weltbild entgegensteht. Für viele
19 Corporationen sind rassistische Kriterien, Nationalität, sexuelle Orientierung, Religion oder die
20 Wehrdienstverweigerung Ausschlusskriterien für eine Aufnahme.

21
22 **Undemokratische Struktur:**
23 Viele Corporationen sind in ihrer inneren Struktur in den meisten Fällen straff vertikal organisiert, wobei
24 Entscheidungsfindungen von oben nach unten ablaufen. Dies steht dem Ziel einer freien, gleichen und
25 solidarischen Gesellschaft entgegen.

26
27 **Geschichtsrevisionismus:**
28 Corporationen treten oft geschichtsrevisionistisch auf. Insbesondere die in der Deutschen Burschenschaft
29 organisierten Corporationen definieren die deutsche Nation als unabhängig von ihren staatlichen Grenzen und
30 erheben gebietsrevanchistische Ansprüche.

31
32 **Brauchtum:**
33 Der Anspruch vieler Corporationen, durch Brauchtum rituelle Wertvorstellungen zu tradieren und auf diese
34 Weise ihre Mitglieder einer unterschwelliger Form der Erziehung zu unterziehen, kann mit „Befehl und
35 Gehorsam“ überschrieben werden. Mit Hilfe des Brauchtums soll die Individualität des/der Einzelnen
36 untergraben werden. Das Ziel ist die „Gemeinschaft“.

37
38 Wir beantragen beim Parteivorstand: Eine Mitgliedschaft in Cooperationen, die die oben genannten Prinzipien
39 haben, widersprechen einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

40

41

42 **Antrag 22**
43 **Antragsteller:** Ortsverein Schramberg
44 **Empfänger:** SPD-Landesparteitag
45 **Betreff:** Änderung des Landesstatuts: Einführung eines
46 **Paragraphen „Direkte Demokratie in der Partei“**

47

48 **Der Landesparteitag hat an den nächsten ordentlichen Landesparteitag überwiesen:**
49 Das Instrument der direkten Demokratie mittels Mitgliederbefragung wird in das Parteistatut der SPD Baden-
50 Württemberg aufgenommen.
51 Zur konkreten Ausgestaltung wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die zum Ziel hat das Parteistatut dahingehend
52 zu ändern.
53 Ferner wird der Antrag an den Bundesparteitag gerichtet, das Bundesstatut in gleicher Weise anzupassen.

54

55 **Begründung:**
56 Liebe Genossinnen und Genossen,
57 die innerparteiliche Willensbildung zu relevanten politischen Themen findet bisher in direkter Diskussion in
58 den Parteigremien statt.
59 Das endgültige Beschlussfassungsorgan ist dann ein Landes- oder Bundesparteitag.
60 Lediglich einmal wurde in der SPD Baden-Württemberg und einmal in der Bundespartei die/der Vorsitzende
61 über eine Mitgliederbefragung bestimmt.
62 Die Diskussionen zu Sach- und Personalfragen bei den Parteitag werden von wenigen Parteimitgliedern
63 getragen, der übergroße Anteil der Redner gehört zu den "Funktionären" unserer Partei. "Einfache"
64 Parteimitglieder nehmen eher seltener an den Diskussionen der Parteitage teil.
65 Oft können Themen mangels Zeit nicht behandelt werden.

66

67

1 Ohne Zweifel ist ein solches Verfahren demokratisch zu nennen. Die Antragsteller sind dennoch nicht mit der
2 bisherigen Praxis zufrieden. Eine wesentlich breitere Diskussion zu Sach- und/oder Personalfragen ließe
3 sich erzielen, wenn der Weg der direkten innerparteilichen Demokratie über Mitgliederbefragungen gewählt
4 würde.
5 Die zur Entscheidung anstehenden Themen könnten unter breiter Beteiligung aller interessierten
6 Parteimitglieder diskutiert werden, an einem bestimmten Tag fände dann die schriftliche und geheime
7 Abstimmung statt. Das Ergebnis der Abstimmung wäre dann bindend für die Parteigremien.
8 Nach Stellung des Themas und dem Zeitpunkt der Abstimmung ließen sich breit angelegte Diskussionen zu
9 Themen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden organisieren, der Tag der Abstimmung könnte via
10 Urnengang im Ortsverein bei einer Versammlung oder einem Mitgliedertreff mit Kultur o.ä. stattfinden.
11 Für die innerparteiliche Diskussion und Demokratie wären Mitgliederbefragungen sehr belebend, üben doch
12 die zur Abstimmung stehenden Themen einen gewissen Zwang zur Befassung im Ortsverein aus. Das
13 "einfache" Parteimitglied wäre über das Instrument Mitgliederbefragung deutlich mehr in den innerparteilichen
14 Willensbildungsprozess eingebunden.
15 Die Abstimmungsübermittlung könnte über Internet oder über den Postweg erfolgen.
16 Als Themen, die sich für Mitgliederbefragungen eignen wären beispielhaft zu nennen:
17 ?? Privatisierung der Deutschen Bahn
18 ?? Entsendung von deutschem Militär in Krisengebiete
19 ?? Einschränkungen von bürgerlichen Freiheiten zur Terrorbekämpfung u.a.m.
20
21 Zur Konkretisierung dieser neuen Vorgehensweise müssen noch Kriterien der zur Abstimmung geeigneten
22 Themen bestimmt werden. Weiter muss über die Frage der Einführung eines Quorums gesprochen werden.
23 Diskutiert werden muss auch über die Frage, wer berechtigt ist Anträge zur Mitgliederbefragung zu stellen.
24 Dies könnten zum Beispiel sein: etwa 10 Ortsvereine oder zwei Kreisverbände oder der Landesvorstand oder
25 5 SPD MdL oder die SPD Landtagsfraktion ein Thema beim Landesvorstand zur Mitgliederabstimmung
26 beantragen können. Der Landesvorstand ist dann beauftragt, die Abstimmung organisatorisch durchzuführen.
27 Des Weiteren muss er die innerparteiliche Willensbildung organisieren (z.B. Themensammlung, "Für und
28 Wider" Infos, Veranstaltung von Konferenzen zum Thema, Internetforen u.a.m.)
29

Antrag 24

31 **Antragsteller:** Juso-Landesverband Baden-Württemberg
32 **Empfänger:** SPD-Landeslistenparteitag
33 **Betreff:** Verantwortungsvoller Umgang mit Bürgerrechten
34

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36
37 **Vernunft und Augenmaß – Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Bürgerrechten**

38
39 Die persönlichen Freiheitsrechte und der Datenschutz der BürgerInnen in der Bundesrepublik, aber auch in
40 ganz Europa, werden immer mehr zu Gunsten einer vermeintlichen Stärkung der Inneren Sicherheit in den
41 Hintergrund gedrängt, in Teilen sogar ausgehöhlt.
42

43 Die Einführung biometrischer Reisepässe, die Erfassung und Weitergabe von Fluggastdaten im Rahmen des
44 transatlantischen Abkommens zum Austausch von „Passenger Name Records“ (PNR) und die geplante
45 Ausweitung des Systems auf den europäischen Flugverkehr, die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung
46 sowie die verfassungsrechtlich bedenklichen Regelungen des neuen BKA-Gesetzes sind Beleg dafür, dass
47 der/die einzelne Bürger/in zunehmend als potenzielle Gefahr für die Allgemeinheit dargestellt wird und die
48 Schaffung größtmöglicher Sicherheit auf Kosten individueller Persönlichkeits- und Freiheitsrechte betrieben
49 werden soll. Dies steht im Widerspruch zu unserem Verständnis von einem freiheitlichen Zusammenleben in
50 einer sozialen Demokratie.
51

52 Wir sind uns bewusst, dass neue technische Entwicklungen für die Bekämpfung von Terrorismus und
53 Organisierter Kriminalität beachtet werden müssen. Allerdings ist nicht alles, was technisch und
54 verfassungsrechtlich möglich ist, auch tatsächlich sinnvoll und moralisch wünschenswert. Die Politik muss
55 die Freiheitsrechte der BürgerInnen besonders schützen und vorausschauend Einwände der
56 DatenschützerInnen und mögliche Sicherheitsrisiken bei der Einführung neuer Fahndungsmethoden
57 berücksichtigen.
58

59 Vor diesem Hintergrund verurteilen wir die Regelungen des neuen BKA-Gesetzes als verfassungsrechtlich
60 grenzwertig und politisch untragbar. Der Umfang der gesammelten Daten sowie die Umstände ihrer Erhebung
61 bedeuten einen bisher nicht gekannten Eingriff in den persönlichen Lebensbereich des Einzelnen.
62

63 Darum fordern wir:

64 1. Es muss absolut sicher gestellt sein, dass die erfassten Daten von BürgerInnen
65 sicher aufbewahrt werden und eine Zweckentfremdung ausgeschlossen ist. Dies gilt auch in der Kooperation
66
67

1 mit Nicht-EU-Staaten. Da eine vollkommene Sicherheit nicht garantiert werden kann, muss eine Erhebung
2 und Speicherung nicht zwingend erforderlicher privater und sensibler Daten unterbleiben.

3 2. Eine EU-weite Erfassung von biometrischen Daten von BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten bei der
4 Einreise in die EU ist abzuwenden. Es darf weder zu einer generellen Kriminalisierung von Personengruppen
5 auf Grund ihrer Herkunft kommen noch zu einer schrittweisen biometrischen Totalerfassung der gesamten
6 Bevölkerung.

7
8 3. Eine ständige und unabhängige Evaluation der angewandten sicherheitspolitischen Instrumente.
9 Sollten sich sicherheitspolitische Maßnahmen in der Relation von Freiheitseinschränkung und
10 Sicherheitsgewinn oder auf rein technischem Gebiet als unzulänglich erweisen, muss eine Überarbeitung
11 oder Rücknahme auf nationaler wie internationaler Ebene stattfinden.

12 13 **Resolutionen**

14
15
16
17 Resolution 1:

18 19 **Menschen- und umweltfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn – Baden 21**

20
21 Der Landesparteitag fordert den menschen- und umweltfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn, die von der
22 Region mit großer Mehrheit geforderte Ausbauvariante Baden 21.

23 Die Mehrkosten hierfür gegenüber der Bahnplanung müssen dabei von Bund, Bahn und Land gemeinsam
24 übernommen werden. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg werden aufgefordert
25 dies in den zuständigen Gremien durchsetzen.

26
27 Wir brauchen diesen Schulterschluss um die Mehrkosten durch die von uns gewünschte Ausbauvariante
28 „Baden 21“ entstehen aufbringen zu können.

29
30 Denn die Standardplanung der Deutschen Bahn reicht nicht aus. Eine gründliche und gleichtiefe Prüfung
31 alternativer Trassenvarianten muss mit einer realistischen Berechnung der Mehrkosten einhergehen. Aus
32 diesem Grund wollen wir, dass die gesamte Planung auf den Prüfstand gestellt wird.

33
34 Wir wollen einen Ausbaustandard, der über den jetzigen Planfeststellungsbeschluss hinausgeht und den
35 Belangen der Bevölkerung zwischen Offenburg und Weil genügt. Aus diesem Grund muss der Bund dann
36 seinen Finanzierungsbeitrag für das Projekt erhöhen, wenn das Land bereit ist ebenfalls Geld für eine
37 menschen- und umweltfreundliche Trasse bereitzustellen.

38
39 Die Bahn als Wirtschaftsunternehmen ist an einem raschen Ausbau dieser für sie hochrentablen Strecke
40 interessiert, und sollte daher bereit sein, ebenfalls mehr eigene Mittel einzusetzen.

41
42
43 Resolution 2

44 **Neue Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte**

45
46 I. Der Parteitag stellt fest:

47 Die weltweite Finanz - und Wirtschaftskrise wird bleibende Spuren hinterlassen. Die gezielte Umgehung der
48 Finanzmarktsicherungssysteme, die verantwortungslose Missachtung von Eigenkapitalvorschriften, die
49 leichtfertige Vergabe von Krediten und der Weiterverkauf von gebündelten Kreditrisiken, das Versagen von
50 Bankvorständen und Aufsichtsräten, Rating-Agenturen und Wirtschaftsprüfern haben die Krise mitverschuldet
51 und das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger nachhaltig erschüttert.

52 In vielen Fällen wurden dabei gültige Finanzmarktregulierungsvorschriften und Gesetze umgangen, indem
53 mittels ausländischer Zweckgesellschaften oder Tochterunternehmen gezielt der deutsche Rechtsraum
54 verlassen wurde. Damit wurden viele Vorgänge, Produkte und Institute einer Prüfung durch die BaFin
55 (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) entzogen.

56 Das neoliberale Laissez-faire auf den internationalen Finanzmärkten und die bewusste Umgehung staatlicher
57 Regulierung haben leider viele Menschen in die Irre geführt. Blindes Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte
58 des Marktes, populistische Rufe nach lockeren Regeln und weniger Staat haben unser Leitbild einer sozialen
59 Marktwirtschaft herausgefordert.

60 Unser Kompass für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit und für ökologische Stabilität bietet eine
61 Orientierung für ein Wertesystem, das Verantwortung wiederherstellt und Vertrauen neu begründen kann. Die
62 neue Weltfinanzordnung braucht klare Regeln und scharfe Kontrollen, mit den Zielen

63 ?? Arbeitsplätze und Unternehmen zu erhalten,

64 ?? eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen arm und reich in Deutschland, aber auch im Verhältnis
65 zu den Ländern des Südens zu erreichen,

- 1 ?? die Sparer und Anleger zu schützen und
2 ?? die Verschuldung kommender Generationen zu begrenzen.
3
4 II. Der Parteitag fordert:
5 Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung
6 1. Effektive internationale Zusammenarbeit bei der Austrocknung von Steueroasen und der Bekämpfung
7 von Steuerhinterziehung auf der Grundlage der Prinzipien der OECD.
8 Dabei soll auch die Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs bei Geschäften, die über Steueroasen
9 abgewickelt werden, möglich sein.
10 2. Fortsetzung der Verhandlungen der Kommission über das EU-Betrugsbekämpfungsabkommen mit
11 allen Staaten, die unfairen Steuerwettbewerb betreiben, und Ausgestaltung des Abkommens in
12 Übereinstimmung mit den Grundsätzen der OECD zu Transparenz und effektivem Auskunftsaustausch, um
13 die finanziellen Interessen der Mitgliedstaaten zu schützen
14 3. Verbesserung der Informationsaustauschs im steuerlichen Veranlagungsverfahren zwischen den
15 Verwaltungsbehörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und allen Staaten, die unfairen
16 Steuerwettbewerb betreiben, im Bereich der direkten Steuern und Verbesserung der justiziellen
17 Zusammenarbeit auch bei Verdacht auf Steuerhinterziehung auch ohne Urkundenfälschung
18
19 Verbraucherschutz
20 4. Einführung einer klaren, auffälligen und für den Verbraucher verständlichen Risikokennzeichnung
21 5. Vollständige Offenlegung aller Vergütungen, Abschluss-, Verwaltungs- und Kapitalanlagekosten
22 gegenüber den Kunden
23 6. Verlängerung der Verjährungsfrist bei Falschberatung
24 7. Umkehrung der Beweislast bei fehlerhafter Anlageberatung
25 8. Dokumentation des Anlageberatungsgesprächs standardisieren unter Einschluss der Offenlegung
26 von erfolgsbedingten Vergütung des Beraters
27
28 Transparenz und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte
29 9. Zusammenarbeit zwischen der nationalen und internationalen Finanzmarktaufsicht auf der Grundlage
30 einheitlicher Regulierungs- und Prüfvorschriften
31 10. Verbesserung der Aufsicht und Kontrolle für neue Finanzprodukte und Einführung strengerer Regeln
32 für Investitionen in verbriefte Kredite
33 11. Einführung verbindlicher und einheitlicher Regelungen für Rating-Agenturen, die die Qualität und
34 Vergleichbarkeit der Ratings verbessern: Dazu gehören Änderungen im Geschäftsmodell, die Offenlegung von
35 Rating-Methoden und Analyseverfahren, die Einführung einer Registrierungspflicht und die Trennung von
36 Beurteilung und Beratung.
37 12. Verbesserung der Transparenz und Umsetzung einer strafferen Regulierung bei Hedge-Fonds, Private
38 Equity-Fonds und Staatsfonds
39 13. Dauerhaftes Verbot schädlicher Leerverkäufe
40 14. Erweiterung und Ergänzung eines europäischen Systems der Einlagensicherung und
41 Anlegerentschädigung
42
43 Bilanzierung, Risikomanagement und Verantwortung von Kreditinstituten
44 15. Strengere Bilanzierungsvorschriften für Finanzinstitute, die die Werthaltigkeit von Positionen in den
45 Portfolios schärfer abbilden und die Auslagerung von Risiken in außerbilanzielle Konstruktionen verhindern.
46 Von Banken übernommene Kreditrisiken etwa dürfen nicht mehr zu 100% verbrieft und verkauft werden – ein
47 Anteil von 20% der Kreditrisiken muss im Verantwortungsbereich (Bilanz) des Kreditinstituts bleiben.
48 16. Gewichtung der bilanzrechtlichen Bewertung von Wertpapieren und Finanzanlagen zwischen
49 Anschaffungswert und Zeitwert (gemäß den "Fair-Value-Regeln")
50 17. Regelungen für eine verantwortungsvolle und risikobewusste Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der
51 Finanzinstitute
52 18. Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme, die dafür sorgen, dass sich die Entlohnung der
53 Beteiligten wieder an der nachhaltigen Wertsteigerung und dem Gewinn eines Unternehmens ausrichtet und
54 nicht am kurzfristigen Risiko
55 19. Persönliche Haftung von Managern und Vorständen, Aufsichtsräten und
56 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Begrenzung der Anzahl von Aufsichtsratsmandaten
57 20. Verbot unternehmensgefährdender Risikobelastungen bei Unternehmensübernahmen durch eine
58 Begrenzung des häufig fremdfinanzierten "leveraged buy-out".
59 Nach der Übernahme soll für einen längeren Zeitraum von etwa 5 Jahren eine Eigenkapitalquote von 30%
60 festgeschrieben werden.
61 21. Wiedereinführung der zum 1. Januar 1991 abgeschafften Börsenumsatzsteuer, die an vielen
62 Finanzplätzen der Welt, z.B. am Finanzplatz London und in den USA erhoben wird.
63 Die Börsenumsatzsteuer soll zu einer Finanztransaktionssteuer weiter entwickelt werden, um auch
64 außerbörsliche Finanzgeschäfte zu erfassen. Diese Kapitalverkehrsteuer dient insbesondere der
65 Verbesserung der Transparenz am Finanzplatz, weniger der Erhöhung von Steuereinnahmen.
66
67

1 22. Verhandlungen über internationale Einführung einer weiter entwickelten Börsenumsatzsteuer mit dem
2 Ziel der Verbesserung der Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten, der Dokumentation der
3 Transaktionen und der Verringerung spekulativer Kursmanipulationen
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67